PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 11. Juni 1910. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich

Dernburg a. D.

Bernhard Dernburg ist aus dem Kolonialamt geschieden. Plötzlich und für die meisten unerwartet, genau so wie er ins Amt kam. Seine Karriere vom Seifenstift zum Bankdirektor und vom Bankdirektor zur Ministerexzellenz ist reich an solchen Ueberraschungen gewesen. Sie entsprechen dem Explosiven des Mannes, der auch den nächsten Freunden stets als unberechenbar galt. Noch wissen nur ganz wenige, was hinter den Kulissen gespielt hat. Ist Vallentini so plötzlich in Dernburgs Villa erschienen, wie Lucanus eines schönen Tages beim verdutzt dreinschauenden Posadowski vorsprach? Oder hat Dernburg das Prävenire gespielt, bevor der ungebetene Gast kam? Oder hat eine plötzliche Eingebung den Klugen veranlaßt, nicht erst abzuwarten, ob der letzte Sieg über den Zentrumshusaren Erzberger nicht im Laufe der nächsten Session sich als Pyrrhussieg herausstellen werde? All das sind Fragen, denen ich keine Antwort weiß, und müßig scheint's mir auch, Antworten zu ertüfteln. Genug, daß die Tatsache besteht, und sie zwingt, über das Wirken dieses ersten Kaufmanns auf den Sesseln eines deutschen Staatssekretärs Bilanz zu ziehen.

Der erste Kaufmann auf solchem Posten wäre Dernburg auch gewesen, wenn der lange Möller nicht als preußischer Handelsminister, sondern als irgendein Staatssekretär im Reiche fungiert hätte. Denn man ist nicht Kaufmann, wenn man eine Fabrik leitet. Und in den Kreisen der übrigen Fabrikleiter hat Möller nie als Kaufmann gegolten. Er war ein braver und fleißiger Arbeitmann in Fabrik und Kontor. Ein Kaufmann nur kraft handelsregisterlicher Eintragung, nicht nach innerer Bestimmung. Deshalb war das Fiasko Möllers für jeden Kundigen kein Beweis, für Befähigung oder Nichtbefähigung von Kaufleuten zum Ministeramt. Dernburgs Fiasko wäre ein niederschmetterndes Armutzeugnis für den Stand gewesen. Denn Dernburg ist Kaufmann. Einer von denen, die mit intuitiver geschäftlicher Begabung ausgestattet, wo immer sie sich befinden, und was immer sie auch treiben mögen, geschäftsmännisch denken. Deshalb ist es wichtig zu konstatieren: Dernburg geht, aber er hat nicht Fiasko gemacht.

Nur nach einer Richtung hat er enttäuscht. Als er sein Amt antrat, wußte man nicht, ob er den Kolonien aufhelfen, ob er kolonialpolitische Ideen haben, und ob er überhaupt Kolonialpolitik größeren Stiles treiben würde. Aber eins glaubte man sicher von ihm: Daß er mit eisernem Besen die Bureaukraten wegfegen würde, und einzelne Heißsporne meinten bereits, er werde nach und nach alle der vorgeschriebenen Laufbahn entstammenden Geheimräte durch Reichshandlungkommis ersetzen. Diese allzu phantastischen Schwärmer hat er nicht nur enttäuscht, sondern sich geradezu zu Feinden gemacht, als er eines Tages in dem Blatt, an dem sein Vater als Redaktionsnestor wirkt, auseinandersetzte, daß es nicht anginge, massenweise und unvermittelt, Kaufleute zur Bedienung der Regierungmaschinerie heranzuziehen. Ich habe damals Dernburg gegen die Angriffe der liberalen Phrasenpolitiker verteidigt. Er hat in der Sache recht. Aber jener denkwürdige Artikel war doch auch gleichzeitig das Eingeständnis seiner eigenen Ohnmacht gegenüber dem Bureaukratenmechanismus. Der Mann, der aus dem Grunewald im eigenen Automobil täglich ins Reichsamt oder zum Reichstag fuhr, der nicht im hochgeschlossenen schwarzen Rock, sondern im weißen Arbeitjäckchen, genau wie als Bankdirektor, die Be-

suche empfing, der sich antelephonieren ließ und auch kurze Briefe sofort beantwortete, ist selbst niemals Bureaukrat geworden. Er hat auch im Anfang den oder jenen Geheimrat aus dem Dienstgebäude entfernt, aber solche Versuche blieben in den Anfängen stecken. Und nicht nur das, schon kurze Zeit nach seiner Amtstätigkeit erzählten Kundige, daß die Geheimräte niemals im Kolonialamt so ungehindert geschaltet hätten, wie unter dem Mann, vor dessen sagenhafter Rauhbeinigkeit, als seine Berufung bekannt wurde, dieselben Geheimräte gezittert hatten. Kein Wunder, „Bureaukraten müssen sein". Der ausführende Apparat bedarf der Gewohnheitmenschen, und wer nicht von der Pike auf diesem Apparat angehört, wird auf die willige Mitarbeit der Bedienungmannschaft viel mehr angewiesen sein, als der im Beamtenkorps erzogene Minister. Aber es muß immer wieder betont werden, daß die Bureaukratie im allgemeinen und die preußisch-deutsche Bureaukratie im besonderen ihre großen Vorzüge hat, besonders in solchen Zweigen, an deren Spitze ein Mann wie Dernburg steht. Dernburg war stets ein Mann der Ideen. Mit beinahe genialischer Konzeptionsfähigkeit, der aber für die Ausführung der Dinge auf gewissenhafte Mitarbeiter angewiesen war.

Es war ein Glück, daß Dernburg sich nicht darauf verbiß, ein Personalreformator zu sein, sondern das Schwergewicht seiner Tatkraft auf die Sache legte. Denn hier hat er zweifellos Vortreffliches geleistet. Im Anfang war manches zu tadeln. Noch unvergessen ist seine famose Kolonialbilanz, mit der er vor dem Reichstag debütierte. Sie war ein finanzielles Akrobatenkunststücklein. Er jonglierte in der geschicktesten Weise mit Ziffern, und war man noch geraume Zeit nach dem Debüt versucht, ihn für einen Scharlatan zu halten. Glücklicherweise ließ er es bei diesem einen Versuch bewenden. Ab und zu freilich regte sich in ihm noch der Geist aus jenen Tagen, da er die Reorganisation von verkrachten Hypothekenbanken und erwerbslosen Bergwerken durchführte. Das Märchen von der Dattelkiste und seine Baumwollphantastereien riefen noch einmal Kopfschütteln hervor. Betrachtet man aber das Ergebnis seiner Tätigkeit, so sieht man erst, welch bewundernswerte Arbeit er geleistet hat. Als er zum erstenmal den Titel Exzellenz tragen durfte, war in Deutschland alles, was mit Kolonien zusammenhing, recht unpopulär. Ein paar Glücksritter mit kolonialen Interessen, ein paar alldeutsche Schwärmer legten sich für diese Dinge ins Zeug. Das Gros des Volkes hätte die Kolonien gern komisch genommen, wenn sie nicht so verflucht viel Geld gekostet hätten. Und heute? Heute sind die Kolonien in Deutschland bis zu einem gewissen Grade populär. Man sieht sie wenigstens nicht mehr als wertlosen Ballast an, und selbst die Sozialdemokratie hat, abgesehen vom Vorwärts und von Papierbeschmutzanstalten von gleich niedrigem Verstandesniveau, heute den Kolonien gegenüber eine wesentlich andere innere Stellung als vor vier Jahren.

Allerdings ist das nicht Dernburgs persönliches Verdienst allein. Glück ist auch für den Minister unentbehrlich. Und Dernburg hat in der Tat in den dreieinhalb Jahren seiner Ministerschaft mehr Glück gehabt, als sonst ergraute Staatsmänner in jahrzehntelanger Laufbahn aufweisen können. Das Schmerzenskind der deutschen Kolonialwirtschaft, Deutsch-Südwestafrika, hat sich während seiner Ministerschaft aus einer hoffnunglosen Sandwüste in das Goldland Ophir verwandelt. Als die ersten Nachrichten von den Diamantenfunden zu uns kamen, waren die meisten (auch ich war unter ihnen) skeptisch. An solch Glück wagte man nicht zu glauben. Diese Funde halfen schon ein schönes Stück vorwärts. Und wer acht Millionen Einnahmen in einem Jahr auszuweisen hat, der steht um vieles besser da als die Vorgänger, die immer nur an die Gebelaune der Steuerzahler appellieren mußten.

Aber wenn der Narr meist nicht das Glück sieht, das sich dem Verdienst verkettet, so ist andererseits der Kluge nur allzu leicht geneigt, das Verdienst zu verkennen, das mit dem Glück Hand in Hand geht. Daß Südwestafrika überhaupt Ertragsmöglichkeiten bot, dafür konnte Dernburg nicht. Daß er aber schon im ersten Jahre diese Verdienstmöglichkeiten mit 8 000 000 *M.* für das Reich fruktifizierte, das war ein Erfolg des Kaufmanns Dernburg. Der Gedanke, eine Abgabe auf die Diamanten zu legen, lag ja sehr nahe. Es wäre ganz im Rahmen des im Vaterlande Ueberlieferten gewesen. Aber die Erfassung der Produktion war schwierig. Eine genügende Exploitation war nicht gesichert. Die Gefahr, daß englisches Kapital die deutschen Minen langsam eroberte, außerordentlich groß. So kam Dernburg denn einerseits zur Diamantensperre, andererseits zur Schaffung der Diamantenregie, die unbedingt garantierte, daß sämtliche Diamanten der kolonialen Minen auf den deutschen Markt kamen. Die Organisation der Diamantenregie, besonders aber die Schnelligkeit ihrer Durchführung war ein glänzendes Zeugnis für Dernburgs kaufmännische Fähigkeiten. Das konnte nur einer, der mindestens insoweit Kaufmann war, daß ihm Wille und Fähigkeiten innewohnten, den Rat und die Ideen gewiegter Finanzleute zu erfassen.

Man sollte meinen, daß dieser Erfolg für den Staatssäckel dem Manne eine lange Ministerschaft hätte garantieren müssen. In Wirklichkeit ist Dernburgs Ministerschaft an diesem Erfolg gestorben. Eine solche Staatsregie ließ sich nicht durchführen, ohne die Beihilfe großer Finanzmächte. Die mußten natürlich verdienen. Und deren Verdienst

ärgerte diejenigen, die sich auch durch die Diamantensperre von der mühelosen Einsäckelung des neuen Reichtums ausgeschlossen sahen. Von neuem flammte das Feuer des prinzipiellen Konfliktes empor, dessen Funke schon lange geglimmt hat. Der Streitpunkt war hauptsächlich wieder Südwestafrika. Dernburg war der Ansicht, daß dieses Land als Siedelungkolonie großen Stiles, wie unsere Agrarier es sich träumten, nicht zu entwickeln sei. Für ihn war diese Kolonie, namentlich nach den Diamantenfunden und in der Hoffnung auf große Kupfervorräte, zur Ausbeutungkolonie prädestiniert. Die agrarischen Parteien, die wenigstens in Südwestafrika ihren Traum von einem Bauernstaat erfüllt sehen wollten, waren verärgert. Den Farmern in Südwest war der Kamm geschwollen. Sie fühlten sich als Herren des Landes und wurden in Deutschland als Pioniere einer höheren Kultur angesehen. Sie waren mit der Berliner Verwaltung seit langem unzufrieden. Aehnlich lagen die Dinge in Deutsch-Ostafrika. Auf seiner großen Reise empfing Dernburg am 2. Oktober in Tanga die Abgeordneten der Farmer. Er hatte ankündigen lassen, daß er für jeden, der etwas vorzubringen habe, zu sprechen sei. Nur ein paar Mann machten von dieser Aufforderung Gebrauch. Sie verlasen lange Aufsätze. Im Mittelpunkt stand die Frage der eingeborenen Arbeitkräfte. Die Schwarzen sollten zur Plantagenarbeit dadurch herangezogen werden, daß man ihnen die Abgaben erhöhte. Es sollte alles mit Zöllen und Steuern belegt werden, mit Ausnahme des — Rotweins für die Farmer. Dernburgs Antworten ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen. Er erklärte den Ansiedlern, daß er überall die Schwarzen habe arbeiten sehen, sie seien nicht faul. Wenn sie sich zur Plantagenarbeit nicht drängten, so sei die Unvernunft der Ansiedler daran schuld, die die Eingeborenen ins englische Gebiet hinüberdrängten, wo sie klug und human behandelt würden. Einen Teil der Eingaben charakterisierte der Staatssekretär direkt als Unsinn. Die Unterredung schloß mit folgenden Worten Dernburgs: „Meine Herren! Ich habe Ihnen nichts abgeschlagen, was ich nicht sachlich begründet habe. Ihre Forderungen gehen viel zu weit und sind unannehmbar. Wenn ich Ihnen noch einen guten Rat geben soll, so stellen sie sich nicht auf ein Bein. Wenn eines schönen Tages Sisal auf 200 M. fällt, sind Sie alle Pleite." Das war nun allerdings nicht bloß kaufmännisch gedacht, sondern auch recht grob gesprochen. Und nun hatte es Dernburg mit den Farmern völlig verdorben.

Zu den mißvergnügten Farmern in Südwest und Ost gesellte sich die Clique jener Kolonialspekulanten, die früher leicht und skrupellos Gewinn aus den Kolonien gezogen hatten, und denen jetzt durch die großen Finanzgruppen schwer besiegbare Konkurrenz gemacht wurde. Sie schürten gemeinsam mit ihren Freunden in Deutschland den allmählich zum Haß ausgewachsenen Zorn der Siedler. Dieser Haß nahm besonders seitens der Südwestafrikaner schließlich Formen an, wie sie in der deutschen Kolonialgeschichte noch nicht dagewesen waren. Die Lüderitzbuchter, denen die angebotene Art der Selbstverwaltung nicht genügte, hielten in der Adoptivheimat Protestversammlungen ab, in denen der Staatssekretär mit Hohn überschüttet wurde, und richteten Beschwerden nach Berlin, die nach Form und Inhalt gleich empörend waren. Mit einer ebenfalls beispiellosen Schärfe trat Dernburg in der Reichstagskommission diesen Beschwerden entgegen. Die Ankläger waren so sehr im Unrecht, daß Dernburg siegen mußte. Aber das Zentrum, das ihm die Attacke, mit der er die Bülowsche Blockära eingeleitet hatte, nicht vergessen konnte, ließ ihn seine Macht fühlen. Und sein Abgang ist die kaltgenossene Rache für jene sturmbewegten Tage.

Vielleicht wäre Dernburg auch jetzt noch geblieben. Der Kaiser mochte ihn gern, hörte sich von ihm manches an, was andere nicht wagen durften, und schätzte ihn als tüchtigen Fachmann. Ihm imponierte sicher auch die Art, in der Dernburg durch Versammlungen die öffentliche Meinung bearbeitet hatte, und Dernburg war klug genug, auch neugierigen Presseleuten gegenüber zu betonen, daß er Fachminister und kein Politiker sei. Da man ihm so schwer beikommen konnte, hatte man ein feines Mittel ausgetüftelt. Dernburgs Ehrgeiz sollte ausgenutzt, er sollte veranlaßt werden, eine politische Rolle zu spielen, eventuell das auswärtige Staatssekretariat übernehmen. Da, so hoffte man, würde er bald straucheln. Man blies dem Kaiser ein, daß Dernburg eine eminente politische Begabung besäße. Der Kaiser soll Dernburg selbst verschiedentlich angeregt haben, sich um politische Fragen mehr zu kümmern. Angeblich sollen Dernburgs englische Reden, die soviel Aufsehen erregt haben, durch Anregungen des Kaisers entstanden sein. Dernburg hat nach außen hin nie zu erkennen gegeben, daß er ein politisches Ressort ambiere. Jedenfalls aber schien er Herrn von Bethmann Hollweg eine Gefahr. Vor allem war er ihm lästig im neuen Bund mit Zentrum und Konservativen.

Dernburgs Ministerschaft war der erste Versuch mit einem Kaufmann. Der erste Versuch außerdem, einen neuzeitlich gesinnten Menschen in die Staatsmacht zu bringen. Der Versuch hat gezeigt, daß ein Kaufmann in diesen Stellen Vorzügliches leisten kann, daß ein freigesinnter Mann dort aber noch nicht gelitten wird. Die politische Rolle Dernburgs ist noch lange nicht ausgespielt. Zukünftige Reichskanzler täten gut, den Mann, der auf dem Abgeordnetensitz als Kritiker rechtzeitig höchst unbequem wäre, an den Regierungtisch zu fesseln.

Staatsaufträge.

1. Was Herr von Rheinbaben widerlegt und was Herr von Gwinner nicht behauptet hat.

In seiner letzten Herrenhausrede, die den Gegenstand des Leitartikels im jüngsten Plutusheft bildete, hat Herr von Gwinner dem preußischen Finanzminister von Rheinbaben eine nicht gerade sehr sanfte Opposition gemacht. Die Rede war dem Finanzminister sichtlich unbequem. Mit Recht, denn sie machte im Lande einiges Aufsehen. Und selbst die, die nicht jedes temperamentvolle Wort des Direktors der Deutschen Bank unterschrieben, mußten ihm darin beipflichten, daß die finanztechnische Leistung unserer Staatsverwaltung, besonders des Finanzministeriums, recht geringwertig ist. Aber Herrn von Rheinbaben erstanden auch Freunde. In der Vossischen Zeitung antwortete in zwei langen Artikeln ein angesehener Finanzmann, der die Anleihepolitik des Finanzministeriums verteidigte und darauf hinwies, daß nicht die Ungeschicklichkeit der Staatsregierung, sondern andere Momente den deutschen Anleihekurs ungünstig beeinflussen. Der Artikel sagte nicht viel Neues. Er widerlegte auch nicht Herrn von Gwinner. Denn dieser recht gute Kenner des internationalen Geldwesens ist wohl nicht einen Moment im unklaren darüber gewesen, daß die Miseren unserer Staatsanleihen überhaupt nicht aus einem Punkt zu heilen sind. Diese Artikel der Vossischen Zeitung sind nur wegen der Persönlichkeit dessen, der die Artikel schrieb, seinen Namen aber nicht nannte, interessant. Vermutlich ist der Verfasser der Bankier und Mitglied des Herrenhauses Ludwig Delbrück, der dem Finanzminister eng befreundet und durch dessen Vermittlung auch dem Kaiser näher getreten ist und vor längerer Zeit in den Preußischen Jahrbüchern über die Frage der Hebung des Staatsanleihekurses geschrieben hat. Damals sprach er besonders warm dafür, daß den Sparkassen die Verpflichtung zum Kauf von Anleihen auferlegt würde. Stil, Anlage und auch Inhalt des jetzigen Artikels sprechen durchaus wieder für Delbrücks Urheberschaft. Nur ein allerdings wichtiges Moment scheint dagegen zu sprechen. Warum, so fragt man sich doch, tritt Herr Delbrück anonym für den Freund ein, da ihm Gelegenheit geboten war, von der Rednertribüne des Preußischen Herrenhauses, von der der Angriff ausging, auch die Verteidigung zu führen? Jedenfalls weiß Herr von Rheinbaben, warum er seine Freunde aufbot. Er hat scharf erwidert, so daß er ein unbedingtes Vertrauensvotum der ersten Kammer bekommen. Aber es scheint nach allem, was man in den Couloirs und Ministerien munkelt, daß die Tage Rheinbabens gezählt und daß er der Selbstverteidigung Bethmann-Hollwegs in nicht allzu langer Zeit zum Opfer fallen wird. Wenn die Situation so liegt, ist es allerdings auch begreiflich, daß er mit allen Mitteln versucht, sich zu halten, und daß er nun auch in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung selbst das Wort genommen hat, um sich zu verteidigen. Aber der gewandte Minister geht denn doch einen Schritt weiter, als es selbst in der Not erlaubt sein dürfte. Er macht das alte Fechterkunststück, den Streitpunkt zu verschieben. Er widerlegt etwas, was gar nicht behauptet worden ist.

Dabei geht er sehr richtig davon aus, daß der Eisenbahnverwaltung von Herrn von Gwinner unter anderem der Vorwurf gemacht worden ist, „daß sie ihre Bestellungen zur unrichtigen Zeit herausgebe, nämlich zur Zeit der Hochkonjunktur, dagegen in den schlechten Zeiten mit den Aufträgen zurückhalte". Sehr richtig, das ist behauptet worden. Wie aber widerlegt Herr von Rheinbaben diese Behauptung? Er gibt für die Bautätigkeit, für die Betriebsmittelbeschaffung, für die Bestellung an Schienen, an Kleineisen usw. statistische Ziffern für die Jahre 1904 bis 1909, und will an dieser Ziffernfolge zeigen, daß trotz des allgemeinen Geschäfts- und Verkehrsrückganges die Eisenbahnverwaltung ihre Bauaufträge gegenüber der Zeit der Hochkonjunktur nicht verkürzt hat. Das ist die Widerlegung des Vorwurfs keineswegs.

2. Die Sünde der Staatsverwaltung.

Man kann, selbst wenn dieser Nachweis vollkommen gelungen wäre, Herrn von Rheinbaben und seine Ministerkollegen, die Staatsaufträge zu vergeben haben, nicht absolvieren. Denn Herr von Rheinbaben hat anscheinend noch gar nicht begriffen, welcher Vorwurf ihm gemacht wurde. Gewiß, einzelne Interessentengruppen, die aus dem Staatsjäckel nie genug ziehen können, machen immer wieder den Vorwurf, daß er in schlechten Jahren nicht genug die Industrie alimentiere. Gegenüber diesen Elementen hat der Finanzminister zweifellos recht, wenn er fragt: „Soll die Eisenbahnverwaltung etwa Schienen auf Vorrat kaufen, oder soll sie Geleise anschaffen, für welche sie vielleicht in Jahrzehnten noch keine Verwendung hat?" Natürlich soll sie das nicht. Man fordert ja gerade, daß die Eisenbahn nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden soll, und eine solche Geschäftsgebarung würde zweifellos allen kaufmännischen Grundsätzen Hohn sprechen. Aber wenn einzelne Interessentengruppen auch solchen Vorwurf erheben, Herr von Gwinner hat etwas ganz anderes sagen wollen. Wenn nach seiner Ansicht die Staatsregierung in den schlechten Jahren mit Aufträgen zurückhält, so geschieht das deswegen, weil sie in den guten Jahren zu viel vergibt. Natürlich muß der Staat auch in den guten Jahren das anschaffen, was notwendig ist. Aber er soll und darf in solchen Jahren unter keinen Umständen auch nur einen Auftrag über die absolute Notwendigkeit hinaus erteilen. Zunächst vom Standpunkt der Unkosten aus. Dann aber auch mit Rücksicht auf die Industrie. Demjenigen Industriezweig, der den betreffenden Staatsauftrag bekommt, kann es ja nur recht sein, wenn der Staat auch in den Zeiten der Hochkonjunktur möglichst viel bestellt. Aber wie ist es mit den Abnehmern der so von Staats wegen alimentierten Industrie? Ihnen treibt der Staat die Preise in die Höhe. Denn er gibt dadurch, daß er den ohnehin schon übermäßig beschäftigten Fabriken noch neue Arbeiten erteilt, diesen die beste Gelegenheit, die Abnehmer möglichst großspurig zu behandeln.

Charakteristisch ist doch, daß nach Herrn von Rheinbabens eigener Aufstellung im Jahre 1906, d. h. in der Zeit der allerschärfsten Hochkonjunktur die Mittel für 1547,4 km bereitgestellt werden gegen 114,1 im Jahre 1904, 149,7 im Jahre 1905, 567,5 im Jahre 1907, 473,3 im Jahre 1908, 334,5 im Jahre 1909. Gerade im höchsten Hochkonjunkturjahre lag die allerstärkste Forcierung der Staatsaufträge. Was war die Folge davon? Eine Ueberspannung der Konjunktur, wie sie vorher noch nie da war. Aber die Sache hatte noch eine weitere Folge: Nachdem der Staat so selbst die Beschäftigungverhältnisse abnorm gestaltet und die Preise sich in die Höhe getrieben hatten, schloß er zu diesen allerhöchsten Preisen im Jahre 1907 und im Jahre 1908 auf Jahre hinaus sowohl mit dem Stahlwerksverband als auch mit dem Kohlensyndikat Verträge. Das hat die Staatskasse Millionen gekostet, und hat außerdem der bestellenden Privatindustrie die Preise verdorben.

Der Finanzminister hat behauptet, als er seine Bestellungen vergab, habe man den Rückgang der Konjunktur nicht erkennen können. Wie richtig diese Behauptung ist, mag aus folgendem ersehen werden.

3. Der Plutus am 5. Oktober 1907.

Zunächst hat Herr von Rheinbaben in seinen Reden es immer so dargestellt, als ob der Abschluß des Staates mit dem Stahlwerksverband im Anfang des Jahres 1907 getätigt worden sei. Zu einer Zeit, wo man den Wechsel der Konjunktur nicht erkennen konnte. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Abschluß mit dem Stahlwerksverband ist in der letzten Septemberwoche des Jahres 1907 perfekt geworden. In dem vom 5. 10. 1907 datierten Heft des Plutus schrieb ich darüber folgendes:

„In der letzten Woche haben die Delegierten des Stahlwerksverbandes und der preußischen Regierung auf drei Jahre den Kontrakt über die Lieferung von Schienen und Schwellen erneuert. Während in dem bisher geltenden, im Jahre 1904 abgeschlossenen Vertrage für Schienen 112 *M.* und für Schwellen 105 *M.* als Grundpreis vereinbart waren, sind diese Grundpreise jetzt auf 120 resp. 111 *M.* festgesetzt worden. Diese Preise sind, wie das ja in solchen Fällen natürlich zu sein pflegt, Resultanten aus den Geboten des Eisenbahnministeriums und den höheren Preisen, die der Stahlwerkverband ursprünglich verlangte. Daß der Stahlwerkverband mit dem Resultat der Verhandlungen zufrieden sein kann, bestätigt ihm die Börsenpresse. Der Börsen-Courier schreibt sehr richtig: „Die Preiserhöhung ist eine recht beträchtliche, namentlich wenn man die Dauer des Kontraktes und die enormen Quantitäten berücksichtigt." Daß der Staat diesmal höhere Preise bewilligen mußte, ist selbstverständlich und war vorauszusehen. Und wenn man bedenkt, daß gewalztes Stabeisen zur Zeit des letzten Kontraktabschlusses im Jahre 1904 etwa 108 bis 110 *M.* notierte, und sich heute auf 132½ bis 140 *M.* stellt, so erscheint die prozentuale Steigerung der Preise, die der Staat jetzt zahlen muß, nicht einmal hoch. Aber ich glaube, man muß den neuen Vertragsabschluß unter einem anderen Gesichtspunkte betrachten. Der Staat hat ein eigentümliches Geschick, seine Abschlüsse immer gerade dann zu machen, wenn die Lage anfängt, unsicher zu werden. Die privaten Käufer halten augenblicklich mit Aufträgen zurück, weil sie die ganz richtige Empfindung haben, daß die hohen Preise des Augenblicks sich nicht aufrechterhalten lassen. Die Staatsbehörden aber schließen unbekümmert um das, was da kommt, einen Vertrag auf drei Jahre. Es läßt sich sehr wohl verstehen, wenn der Staat keine Spekulationen machen will, wenn er unter allen Umständen seinen nächsten Bedarf decken will, um nicht eines schönen Tages gezwungen zu sein, plötzlich einkaufen zu müssen, wodurch er natürlich der Willkür der Produzenten völlig ausgesetzt wäre. Aber darum braucht er doch nicht sofort auf drei Jahre die hohen Preise zu bewilligen. Selbstverständlich bilden die Aufträge des Staates nun einmal einen sehr wesentlichen Rückhalt für die heimische Industrie. Deshalb darf man den Staat auch nicht tadeln, wenn er Preise bewilligt, bei denen für die Werke ein Nutzen bleibt. Aber gleichzeitig ist der Staat im Interesse der Steuerzahler doch auch verpflichtet, nach kaufmännischen Grundsätzen zu handeln. Er darf und muß sich durchaus als Großkonsument fühlen und darf und muß all die Vorteile wahrnehmen, die der Abnehmer größerer Quantitäten bei jedem Verkäufer genießt, besonders wenn er ein so pünktlicher Zahler ist wie der preußische Staat. Wie hätte nun im Fall des Staates ein privater Unternehmer in gleicher Situation gehandelt? Möglich, daß auch er nicht umhin gekonnt hätte, momentan denselben Preis zu bewilligen, wie ihn die Staatsregierung jetzt zahlt. Aber ganz unmöglich scheint es, daß er einen dreijährigen festen Vertrag geschlossen hätte. Er würde vermutlich entweder überhaupt nur für ein Jahr eingekauft haben, oder er hätte sich für die nächsten zwei Jahre eine Option bewilligen lassen. Ich wage die Behauptung, daß der Einkäufer einer Aktiengesellschaft, der unter gleichen Bedingungen, wie es die Vertreter des Eisenbahnministeriums taten, mit dem Staat kontrahiert hätte, von seinem Direktor zum mindesten scharf gerügt, wenn nicht gar wohl als unfähig entlassen worden wäre. Man hat in den letzten Jahren so sehr viel über die Verwendung von Kaufleuten im Staatsdienst gesprochen. Nun, ich glaube, daß kaufmännisch geschulte Kräfte, die sich in erster Linie als Kaufleute und dann erst als Staatsbeamte fühlen, sicher in all den Verwaltungen durchaus brauchbar und von großem Nutzen wären, in denen Kontraktabschlüsse mit privaten Unternehmern in Frage kommen. Das wird wieder schlagend durch das Verhalten der Staatsvertreter bei dem Vertragsabschluß mit dem Stahlwerksverband bewiesen.

* *

Die Kritik, die man an diesem Abschluß üben kann, kommt ja natürlich für Eisenbahnmaterial zu spät. Aber sie ist vielleicht gerade deshalb am Platz, weil auch der Abschluß der Staatsregierung mit dem Kohlensyndikat vor der Tür steht. In bezug auf Kohlen liegen die Dinge noch anders. Während nämlich die Preispolitik des Stahlwerkverbandes immerhin noch als mäßig angesprochen werden kann, läßt sich dasselbe von der Politik des Kohlensyndikats keineswegs behaupten. Eisen und Stahl notieren heute noch teilweise wesentlich unter den Preisen der Hochkonjunktur 1900. Das beweist zum mindesten, daß die Tätigkeit des Stahlwerkverbandes nicht unbedingt preisverteuernd gewirkt hat. Bei der Kohle ist das keines-

wegs der Fall. Während nämlich die Preise für englische Kohle noch durchweg erheblich unter denen des Jahres 1900 stehen, haben bis auf ganz wenige Ausnahmen die deutschen Kohlenpreise eine Steigerung weit über das Niveau von 1900 erfahren. Die von Richard Calwer herausgegebene Arbeitmarkt-Korrespondenz veröffentlicht eine Tabelle, aus der u. a. ersichtlich ist, daß zurzeit in Düsseldorf Flammkohle 12,25 gegen 10,88 im Jahre 1900, Fettkohle 12,25 gegen 10,25, Magerkohle 11 M. gegen 9,75 notiert. Diese Preise darf der Staat unter gar keinen Umständen bezahlen, wie er überhaupt auf dieser Basis unmöglich verhandeln kann. Denn nicht nur ist es sicher, daß dieses Preisniveau nicht mehr lange aufrecht erhalten werden kann, sondern es ist auch absolut genommen ganz unsinnig hoch. Bei den Abschlüssen von Kohle sollten übrigens die Staatsvertreter schon deshalb eine ganz besondere Vorsicht walten lassen, um den Gerüchten zu begegnen, die da sagen, der Staat bewillige ganz gern höhere Kohlenpreise, weil er dadurch auch die Preise für die Erzeugnisse seiner staatlichen Gruben hochhalte.

* * *

Wie berechtigt übrigens meine Kritik der Schienenabschlüsse ist, kann man schon daraus ersehen, daß zwei Tage, nachdem der Abschluß perfekt geworden war, der belgische Stahlwerksverband seine Preise herabsetzte, was ziemlich sicher auch eine Herabsetzung der Preise seitens des deutschen Verbandes zur Folge haben dürfte. Merkwürdigerweise las man vor dem Zustandekommen des Abschlusses äußerst günstige Berichte über die Lage des Eisenmarktes in der Werkpresse. Damals sträubte sich auch der Stahlwerksverband entschieden dagegen, den reinen Walzwerken in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Seitdem scheinen, wie man aus Zeitungnotizen schließen darf, die Aussichten der reinen Werke auf Berücksichtigung ihrer Wünsche besser geworden zu sein. In der Presse konstatiert man vielfach diese Widersprüche und findet den jähen Wechsel zwischen einst und jetzt wunderbar. Vielleicht erscheint dieser Vorgang weniger unbegreiflich, wenn man daran denkt, daß dazwischen der Abschluß mit dem Staat liegt. Die Staatsvertreter können daraus lernen, mit welchen Mitteln man sich auf Unterhandlungen mit ihnen vorbereitet."

4. Der Plutus am 7. März 1908.

Aus dem Plutus-Artikel vom Oktober 1907 geht hervor, daß man damals die Situation durchaus pessimistisch beurteilt hat. In dem Artikel ist die Staatsverwaltung gewarnt worden, in derselben Weise, wie mit dem Stahlwerksverband auch mit dem Kohlensyndikat abzuschließen. Aber unsere Beamten wissen natürlich über die Konjunkturverhältnisse besser Bescheid als die Praktiker und die Finanzschriftsteller. Trotzdem wurde mit dem Kohlensyndikat ein ähnlich verhängnisvoller Vertrag geschlossen. Im Plutusheft vom 7. März 1908 steht folgendes zu lesen:

„Vor Monaten hörten wir mit Staunen, daß erst der preußische Fiskus und dann die Staatsbahnverwaltung Bayerns vom Stahlwerksverband zu Hochkonjunkturpreisen auf drei Jahre Lieferungkontrakte geschlossen hatten. Die Zeiten waren bereits schlecht. Jeder, der einigermaßen Einblick in den Gang der Wirtschaft besaß, konnte damals bereits voraussehen, daß die hohen Preise sich unmöglich lange noch würden aufrechterhalten können. Die Händler waren vorsichtig geworden. Die großen Konsumenten der Privatindustrie scheuten sich, mehr als das Notwendigste von ihrem voraussichtlichen Bedarf zu decken. Aber der Staat band sich auf drei Jahre ohne Rücksicht auf die Wellenbewegung des wirtschaftlichen Lebens. Wenige Wochen später schon gab jedoch der Stahlwerksverband offiziell den Rückgang der Konjunktur zu. Der Staat war der Geprellte.

Jetzt hat nun in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses vor einigen Tagen der Eisenbahnminister Aufschluß über die Bedingungen gegeben, zu denen der Staat sich für das kommende Etatsjahr vom Kohlensyndikat mit Kohlen versorgt hat. Auch hier hat sich der Fiskus auf drei Jahre binden lassen und eine Erhöhung der Preise um 1,25 Mark pro Tonne bewilligt. Alles in allem erheischt mithin diesmal die Kohlenversorgung für die preußischen Staatsbahnen 15 Millionen Mark mehr als im vorigen Jahr. Ungefähr zur gleichen Zeit aber, da der preußische Eisenbahnminister diese Tatsache der Welt verkündete, stand in allen Zeitungen der Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats. Ein durchaus pessimistischer Bericht, der seine besondere Bedeutung dadurch erlangt, daß bekanntlich unsere Syndikatsherren sowohl in der Eisen- wie in der Kohlenindustrie solange wie möglich, um die Käufer nicht zu schrecken, die Konjunktur möglichst rosig malen. Das Kohlensyndikat hat denn auch seinen pessimistischen Worten die Tat folgen lassen: Es hat die Produktion für Kohle um 10% eingeschränkt und die bereits bestehende Einschränkung für die Koksherstellung von 10 auf 20% erhöht. Dem Staat aber hatten die Syndikatsleiter schnell noch höhere Preise als im vorigen Jahre abgenommen.

Die Sache ist ein öffentlicher Skandal. Aber die Urheber des Skandals sind nicht, wie man vielfach hört, die Syndikate, sondern die beteiligten Faktoren unserer Staatswirtschaft.

Daß der Stahlwerksverband ohne unsere Zollgesetzgebung seine heutige unumschränkte Herrschaft nicht ausüben könnte, ist selbstverständlich. Ebenso steht es fest, daß die unsinnige Tarifpolitik des preußischen Eisenbahnministers, die billige Vorzugsfrachtsätze für die Ausfuhr von Kohlen gewährt, dem Kohlensyndikat das Ventil öffnet, durch das es jene Mengen ins Ausland befördert, die, wenn sie im Inland blieben, auf die Preise drücken müßten.

Andauernden Lärmens hat es bedurft, um endlich die Aufhebung jener Vorzugstarife herbeizuführen. Aber die billige Kohle, die man davon erhoffte, gibt es nicht. Das Syndikat hat in seinem letzten Geschäftsbericht erklärt, trotz der bisherigen Einschränkung werde man darauf angewiesen sein, noch Kohle im Ausland unterzubringen, und wenn die Aufhebung der Ausfuhrtarife den Auslandsabsatz erschweren sollte, so werde man weiter die Produktion einschränken, aber keineswegs etwa die Preise herabsetzen. Mit dieser Politik des Trotzes hat das Kohlensyndikat auch bereits begonnen: Es hat mehrere hunderttausend Tonnen Gaskohlen erheblich unter den Inlandspreisen in Holland abgeschlossen und damit englische Konkurrenz aus dem

Felde geschlagen. Und in Belgien hat der Wettbewerb des deutschen Syndikats bereits erhebliche Preisermäßigungen belgischer Kohle zur Folge gehabt. Also nicht nur, daß der deutschen Industrie die Kohlenlast nicht erleichtert werden soll, obendrein wird auch noch der ausländischen Industrie das notwendige Feuerungmaterial billiger geliefert als der deutschen. Hohnlachend verschleudert das Syndikat seine Ware im Ausland, nachdem es dem heimischen Fiskus auf drei Jahre höhere Preise abgenommen hat.

Post hoc ergo propter hoc! Hier trifft dieser — oft so unlogische — Schluß einmal zu. Nur weil der Staat auf drei Jahre die hohen Preise und damit bei einem Bedarf von 10 Millionen Tonnen mindestens den Grubenbesitzern eine recht erkleckliche Rente gewährt hat, kann das Syndikat darauf verzichten, den einheimischen Konsum mit billigeren Preisen zu umschmeicheln. Der Staat hat hier nicht nur die Rolle des schlafenden Nachtwächters gespielt, sondern die Rolle eines Helfers. Ihm ist jetzt es mit zu verdanken, daß deutsche Arbeiter brotlos, deutsche Aktien dividendenlos und die deutschen Steuersäckel leerer werden. Denselben Staat, der auf der anderen Seite das Geld der Steuerzahler leichtherzig an den Schädling vertat.

Ein Skandal ist es, sagte ich. Ein Skandal, der um so stärker wirkt und um so mehr verbittert, als man nicht einmal einzelne Persönlichkeiten verantwortlich machen kann. Bei uns wird nicht wie in Rußland gestohlen. Die Herren Regierungräte, die mit dem Stahlwerksverband und mit dem Kohlensyndikat im Namen des Staates verhandelt haben, sind sicher ehrenwerte und pflichttreue Beamte. Sie glaubten das, was man ihnen bei den Verhandlungen erzählte. Sie mußten es glauben, weil weder aus den Institutionen des römischen Rechts noch in den Lehrbüchern von Windscheid und Dernburg etwas über die Konjunktur zu erfahren ist. Sollen sie gescheiter sein als ihr Herr und Meister? Ihr höchster Vorgesetzter, der preußische Eisenbahnminister, hat im Abgeordnetenhaus davon gesprochen, daß dem Kohlensyndikat die Uebernahme der Verpflichtung lästig gewesen sei, für die nächsten beiden Jahre eventuell 10% mehr als die kontraktlich ausbedungene Menge zu liefern. Eine recht lästige Bedingung in dem Moment, wo das Syndikat selbst erklärt, daß es nicht wisse, wie es die Kohlen unterbringen solle! Nein, nicht Personen gehören an den Pranger, sondern das System.

Ueberall, wohin die Unterhändler der Syndikate kommen, sehen sie sich gewandten Kaufleuten gegenüber. Nur der Staat liefert ihnen wehrlose Assessoren in die Hände. Hat man schon je davon gehört, daß der technische Direktor einer Fabrik über die Preise verhandelt? Auch der Staatsbetrieb steht in der Verkehrswirtschaft. Auch er braucht für den Einkauf und den Vertrieb Kaufleute. Man streitet jetzt viel darüber, ob man Kaufleute zu Beamten machen soll. Und während man streitet, wird der Staat um Millionen geschädigt. Kaufleute, die solche Verträge geschlossen hätten, würde man zum Teufel jagen. Die Beamten, die das taten, verdienen Nachsicht. Aber was ist der Industrie und dem Steuerzahler damit gedient?"

5. Bankdirektor oder Minister.

In den beiden oben wiedergegebenen Artikeln habe ich damals bereits an dem Gebaren der Preußischen Finanzverwaltung die schärfste Kritik geübt. Ich habe aber auch damals schon gezeigt, was man darunter versteht, wenn man den Ministern rät, sich die Kaufleute zum Muster zu nehmen. Herr von Rheinbaben und seine Freunde berufen sich immer auf die Binsenweisheit, daß die Staatsverwaltung etwas anderes sei als ein privates Erwerbsunternehmen, z. B. eine Bank. Daran zweifelt niemand. Aber die Grundsätze, nach denen Verträge abgeschlossen werden, können durchaus in beiden Verwaltungen die gleichen sein. Ja, sie müssen es sogar. Denn der Abschluß von Lieferungaufträgen ist kein Staatsgeschäft, sondern ein kaufmännisches Geschäft, das man ev. auch im Auftrag des Staates vollziehen kann. Jedenfalls aber ist der Minister verpflichtet, dafür zu sorgen, daß seine Geheimräte über die Geschäftslage genau so gut unterrichtet sind wie die Kaufleute. Wenn die Geheimräte das nicht können, so müssen sie eben durch Bankbeamte ersetzt werden. Und wenn es das Privileg der Minister sein sollte, schlechte Lieferungverträge abzuschließen, so kann die Beantwortung der Frage, ob wir an der Spitze unserer Verwaltung Minister im alten Sinne oder Bankdirektoren haben, nur dahin beantwortet werden, daß uns Bankdirektoren lieber sind. Der Bankdirektor ist seinen Aktionären und seinen Einlegern verantwortlich. Unsere Minister reden sich ein, daß sie eigentlich niemandem verantwortlich sind, und daß sie das durch die Steuern aufgebrachte Geld verwenden können, wie es ihnen beliebt. Es ist ja leider richtig, daß der Bürger zwangsweise Steuern zahlen muß, während niemand gezwungen werden kann, in eine Bank, deren Leitung ihm nicht paßt, Depositen zu geben. Aber deswegen hat der Minister doch noch nicht das Recht, jeden Preis zu bewilligen, weil ihm nun einmal die Steuerzahler kommen müssen.

G. B.

Revue der Presse.

Zu der Rede des Direktors der Deutschen Bank, Herrn von Gwinner, im preußischen Herrenhause, die in der ganzen Welt so großes Aufsehen erregt hat, bemerkt der Oesterreichische Volkswirt (4. Juni), daß die

Rentenanlage der Banken,

sobald es sich um dauernden Besitz handele, finanz- und wirtschaftpolitisch verfehlt seien. Die Banken hätten nicht die Aufgabe, ihr Kapital in Renten anzulegen, sie haben auf dem Rentenmarkte im wesentlichen nur den Vermittler zu spielen, dagegen ihr eigenes Kapital und das ihrer Einleger produktiven Zwecken zuzuführen, und dies um so mehr, wenn die Renten durch eine verfehlte Finanzpolitik nicht ein jederzeit realisierbares Aktivum darstellen, sondern einen

dauernden Besitz, an dem wie bei den deutschen Anleihen viel Geld verloren wird.

Die Neue Freie Presse (2. Juni) äußert sich über die voraussichtlichen Wirkungen, die eine gute Ernte auf das wirtschaftliche Leben Oesterreich-Ungarns haben würde.

Ernte und Konjunktur

stehen in engen Wechselwirkungen zueinander. Die diesjährige Ernte der beiden Länder wird auf 52 Mill. dz geschätzt gegen 33 Mill. dz im Jahre 1909. Selbst bei einem starken Rückgang der Weizenpreise ist eine Erhöhung des landwirtschaftlichen Geldertrages um 100 Mill. Kr. die Minimalziffer, mit der gerechnet werden kann. Die Vermehrung des eigenen Verbrauches der Landwirtschaft werde sich dazu in einer besseren Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und größeren Viehhaltung stark bemerkbar machen. Auch bei einer Fehlergrenze der jetzigen Ernteschätzung von 5 bis 6 Mill. dz werde die Einfuhr des letzten Jahres von 9½ Mill. dz Weizen im laufenden Jahre wegfallen und damit eine Verschiebung der Handelsbilanz um 220 Mill. Kr. zu ihren Gunsten eintreten. Sehr hoch zu veranschlagen ist die Verbilligung der Getreidepreise, die bei den Lohnsteigerungen der letzten Jahre nunmehr eine bessere Lebenshaltung ermögliche. Auch in den anderen Ländern Europas und in Nord-Amerika sind gute Ernten zu erwarten. Rußland ist wieder an die Spitze der Weizen-Ausfuhr-Staaten getreten, und dabei ist die Exportfähigkeit noch keineswegs erschöpft. Eine wichtige Frage harrt jetzt der Entscheidung, ob die größeren Preissteigerungen der letzten Jahre aufrecht erhalten werden können. Sollte dies der Fall sein, so müsse in allen Ländern des Hochschutzzolls die Frage aufgeworfen werden, ob eine Zollhöhe gerechtfertigt sei, die in Jahren mittleren Ertrages Notpreise zeitigt und nur bei reichstem Erntesegen normale Preise möglich macht. —

Nach der Vossischen Zeitung (2. Juni) ist an der April-Statistik von

Deutschlands Außenhandel

besonders bemerkenswert, daß die Getreide-Ein- und Ausfuhr im allgemeinen hinter der vorjährigen zurückblieb. Die Eisen-Ausfuhr war die größte, die jemals ein Monat gehabt hat. Die Ziffer übertraf den Rekord des Dezember 1909 noch um 9000 t. Auch die Eisen-Einfuhr ist gestiegen. Die Rohmaterialien für die Textil-Industrie zeigen meist wesentlich niedrigere Zahlen als im Vorjahre, dagegen war die Ausfuhr von Textilprodukten überwiegend höher. Beachtenswert ist die starke Zunahme der Ausfuhr chemischer Erzeugnisse, sowie der starke Rückgang des Zucker-Exportes, der um 36 % niedriger ist. Im ganzen bedeutet der diesjährige April mit 55 Mill. dz in der Einfuhr und 44 Mill. dz in der Ausfuhr einen bisher noch nicht verzeichneten Rekord. —

Auf der Belebung der Ausfuhr beruhen auch zu einem großen Teile die

Kurssteigerungen chemischer Werte,

die nach der Wirtschaftlichen Correspondenz (1. Juni) in den letzten Monaten zu beobachten waren. Für die Hälfte des an der Berliner Börse gehandelten Aktien-Kapitals chemischer Werke ergab sich ultimo Februar ein Durchschnittskurs von 324,74 %, dagegen am ultimo Mai ein solcher von 345,30 %. Von den einzelnen Werten stiegen in dieser Zeit am stärksten Union, Chemische und Badische Anilin mit über 50 %, sowie Höchster Farbwerke mit ca. 40 %. Diese Kurserhöhungen sind nicht unmotiviert. Neben der Belebung der Ausfuhr geht eine fortschreitende Entlastung des Arbeitmarktes in der chemischen Industrie. Der Andrang Arbeitsuchender betrug im April nur noch 94 auf 100 offene Stellen gegen 122 im März und 297 im Januar. Trotzdem müsse die Beurteilung der Börse bei einem großen Teil der Gesellschaften als zu optimistisch angesehen werden. Zu einer gleichen Verzinsung wie im letzten Jahre müßte die Dividende eine so starke Erhöhung erfahren, wie es kaum zu erwarten ist. —

Die Frankfurter Zeitung (31. Mai) bringt einen Nachtrag zu ihrer Liste von

Animier-Bankiers.

Trotz gegenteiliger Behauptung ist festzustellen, daß die Firma Kronenberg & Co. in Berlin sich mit brieflichen Empfehlungen auch an solche Personen gewandt hat, die ihr keine Aufforderung zugehen ließen, auch nie auf ihre Anreizung zu Spekulationen reagiert haben, die also nicht zu ihren Kunden gerechnet werden können. Sie hat sogar Rückvergütung von Telegrammen und Telephonspesen bei etwaigen Anfragen angeboten. Ein Handwerksmeister ist durch die Firma Martin Jacoby & Co. in Berlin durch Reisende, Briefe, Telegramme, Telephonanrufe und persönliche Besuche des Inhabers zu Spekulationen in amerikanischen Shares verleitet worden, in denen er erst Verluste erlitten, dann wieder Gewinne gemacht hat, schließlich aber neuerdings 17 000 M. verloren hat. Die Bankfirma Anton Richolt & Co. in Köln empfiehlt unter starkem Aufwand von Reklame die Anteile eines recht wertlosen Plattenschiefer-Bergwerks an der Mosel. Ein Vertreter der Firma M. Bayer & Co. in London hat eine anscheinend völlig geschäftsunkundige und in ganz kleinen Verhältnissen lebende Frau zum Kaufe von 30 Shares recht zweifelhafter südafrikanischer Gesellschaften zu verleiten gewußt, von denen eine noch nicht einmal in einem Kurszettel zu finden ist. —

Der Berliner Börsen-Courier (2. Juni) druckt den Vortrag ab, den Professor Dr. Beyschlag in der Reichstags-Kommission für das Kali-Gesetz über das Deutsche Kali-Monopol gehalten hat. Die geologische

Bildung der Salzlager

erfolgte in der Weise, daß in abgeschnürten Meeresteilen durch Verdunstung und dauernden Zufluß von salzigem Wasser die festen Stoffe ausgefällt wurden. Das Steinsalz kristallisierte zuerst und setzte sich auf dem schwefelsauren Kalk ab. Dieses Festwerden der Natriumsalze ist überall auf der Welt zu beobachten. Dagegen sind die kaliumhaltigen Mutterlaugen nicht fest geworden, sondern in das Meer wieder hinausgespült worden. Nur in Norddeutschland wurden sie durch allmähliche Hebung des Bodens vom Weltmeere abgeschlossen und durch weitere Verdunstung zu den Kalisalzlagern kristallisiert. Diese Lager sind aber durch Faltungen der Oberfläche teilweise in so große Tiefen gerückt, daß sie für den Bergbau unzugänglich sind. Das gilt vom größten Teil Norddeutschlands, teil-

weise auch von Mitteldeutschland. Nur an einigen wenigen Stellen kommen infolge von eigentümlichen Gebirgsstörungen noch pfeilerartige Reste der sonst versenkt liegenden Salzlagerstätte zutage. —

Während bisher die eigentümlichen Verhältnisse des deutschen Kali-Syndikats zur Dezentralisation hindrängten, wird nach dem Berliner Tageblatt (2. Juni) das jetzt angenommene Kaligesetz eine

Konzentration der Kaliwerke

zur Folge haben. Da aber auch nach dem neuen Vertrage die Vereinigung von Werken und der Bau zweiter Schächte nur geringen Vorteil, von dritten und vierten Schächten gar keinen Vorteil bringt, so wird die Form des Trusts wahrscheinlich bevorzugt werden. Bereits jetzt hat die Gewerkschaft Wintershall, deren Konzern die Werke Heringen und Heiligenroda angehören, die Aktienmajorität von Bismarckshall, sowie die Gewerkschaft Hüpstedt erworben und ist dadurch in nahe Beziehungen zum Süd-Harz-Konzern getreten, der bereits seinerseits die Interessen der ihm angehörigen Werke zusammengefaßt hat. —

Der Confectionair (5. Juni) hat neuerdings die Frage einer

Weltausstellung in Berlin

aufgeworfen und gibt die Aeußerungen einiger Berliner Groß-Kaufleute wieder. Geheimrat Goldberger meint, daß zurzeit keine Veranlassung vorliege, über diese Frage abzustimmen, und daß bereits eine frühere Umfrage ein überwiegend negatives Ergebnis gezeitigt habe. Die Firma Rudolph Hertzog kann dagegen dem Plane nur beistimmen, hält eine Ausstellung sogar für eine Notwendigkeit und auch die Firma Herrmann Gerson steht dem Unternehmen durchaus sympathisch gegenüber. Kommerzienrat Bamberg und Oskar Tietz äußern sich ebenso wie Generalkonsul Leon im gleichen Sinne, während Handelsrichter Kerb vom Standpunkte der Industriellen Weltausstellungen überhaupt nicht sympathisch gegenüber steht. Er habe immer die größte Anregung auf Fachausstellungen gefunden und würde für deren Veranstaltung jederzeit eintreten. —

Im Berliner Tageblatt (7. Juni) befinden sich interessante Angaben über die

Abstandssummen,

die bei der Erweiterung des Warenhauses A. Wertheim in Berlin an die Mieter der zugekauften Häuser gezahlt werden. Die Sarotti-Gesellschaft habe sich beim Verkauf ihres Hauses das zehnjährige Mietsrecht für einen an derselben Stelle belegenen Laden im Wertheim-Bau vertraglich gesichert, gebe dieses Recht aber nach neueren Abmachungen gegen eine weitere Zahlung von 750 000 M. auf. Als Abstandssumme für den Besitzer einer Dekorationmalerei werde der Betrag von 200 000 M. genannt, obwohl der Vertrag nur noch kurze Zeit laufe. —

Aus den Börsensälen.

Die Spekulation rüstet sich für die Sommerferien; das ist der Eindruck, den man fast täglich an der Börse gewinnt. Das Geschäft nimmt mehr und mehr ab, denn die Effektenbesitzer stellen, bevor sie auf die Reise gehen, einen Teil ihrer Engagements glatt. Vor allem ist aber die Kauflust geringer geworden. Dies zeigt sich am deutlichsten auf dem Kassaindustriemarkt, wo nur noch eine verhältnismässig kleine Zahl von Werten Kurssteigerungen aufweist. Wenn hier die Umsätze grösser sind, so ist dies meistens auf Realisationen zurückzuführen. Immerhin kann man trotzdem Widerstandsfähigkeit der Tendenz beobachten. Im Terminverkehr behaupten sich die Kurse besser als am Kassamarkte; vielleicht deshalb, weil hier die kleine Spekulation stärker engagiert ist und die Kurse erheblicher gestiegen sind. Es gewinnt den Anschein, dass wir auch weiterhin einer stillen Zeit entgegengehen. Bestimmte Ereignisse beeinflussten die Tendenz sehr wenig, obglich manches geeignet gewesen wäre, grösseren Eindruck hervorzurufen. Verhältnismässig die stärkste Wirkung hat die New Yorker Ermattung gehabt. Man sah mit Spannung dem Ausgang der Konferenz zwischen den Eisenbahngesellschaften und dem Präsidenten Taft entgegen. Obgleich wochenlang für amerikanische Eisenbahnwerte mit den geplanten Tariferhöhungen stimuliert wurde, hat die hiesige Spekulation nur wenig Realisationen in diesen Werten vorgenommen, als die Nachricht eintraf, dass die amerikanische Regierung die Erhöhungen nicht zulässt. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass die deutsche Spekulation sich hauptsächlich für die Shares der Kanada-Bahn interessiert hat, die naturgemäss durch die Gesetzgebung der Union nicht berührt wird. Zwar wurde auch der Kurs von Kanada durch den allgemeinen Rückgang in New York etwas beeinflusst, aber man konnte doch bemerken, dass das Privatpublikum immer wieder als Käufer auftrat. So kamen an einigen Tagen beträchtliche Summen von seiten der Dresdner Bank an den Markt, die von der kleineren Spekulation rasch absorbiert wurden. Dass diese Beteiligung in amerikanischen Eisenbahnwerten seine Bedenken hat, ist schon oft an dieser Stelle hervorgehoben worden.

* * *

In London scheint man dem Streit um die Tariferhöhungen eine merkwürdig geringe Bedeutung beizumessen. Sogar am Dienstag wurden aus London höhere Kurse für amerikanische Werte gemeldet, obgleich gerade mitgeteilt worden war, dass die Eisenbahnen in jener Konferenz beschlossen haben, von der Tariferhöhung Abstand zu nehmen. Soweit sich bisher übersehen lässt, haben die Bahnen eine Niederlage erlitten. An der Börse war man freilich geneigt, die als Kompromiss von dem Präsidenten Taft abgegebene Erklärung, dass er gegen die Bahnen wegen Verletzung der Shermanakte nicht einschreiten werde, günstig aufzufassen. Anscheinend hoffen die Eisenbahn-Gesellschaften, die Tariferhöhung in absehbarer Zeit durchdrücken zu können. Nach dem jetzt im Repräsentantenhause zur Annahme gelangten Gesetz werden die Machtbefugnisse der Interstate Commerce

Commission verstärkt. Anscheinend glaubt man nun, dass es den Gesellschaften leicht fallen wird, der Kommission, die als Aufsichtbehörde fungiert, den Beweis von der Notwendigkeit der Tariferhöhungen zu erbringen. Wahrscheinlicher ist noch, dass die Spekulation annimmt, die Handhabung des neuen Gesetzes werde eine ebenso laxe sein, wie sie es bei den bisherigen Antitrust-Gesetzen gewesen ist.

* * *

Der Rücktritt Dernburgs hat die Börse gleichfalls nur wenig beeinflusst, und selbst die Anteile der Kolonialgesellschaften, die überhaupt erst seit Dernburgs Amtsantritt die Beachtung der Spekulation fanden, sind daraufhin nur unwesentlich im Kurse zurückgegangen. Dieses Vertrauen der Börse ist um so weniger verständlich, als sich doch in den letzten Monaten deutlich gezeigt hat, wie sehr die konservativ-klerikale Majorität des Reichstages eine stärkere Beschränkung der Gewinne der Kolonialgesellschaften gewünscht hat, während gerade Dernburg derjenige war, der diesem Bestreben widersprach.

* * *

Am Montanaktienmarkte neigte die Tendenz zur Schwäche. Die vorherigen Kurssteigerungen veranlassten Realisationslust, und es kam hinzu, dass keine anregenden Berichte aus der Industrie vorlagen. Im Gegenteil; es wurden sogar manche Hoffnungen, auf die hin die Kurse heraufgesetzt worden waren, wieder begraben. So verstimmte die Meldung, dass die Verhandlungen zur Bildung des Roheisensyndikats gescheitert sind, und gleichzeitig wurde vom belgischen Roheisenmarkte ein recht ungünstiger Bericht veröffentlicht. Selbst oberschlesische Montanwerte mussten ihre Kursavance teilweise aufgeben, nachdem die immer wieder und in allzu ostentativer Form verbreiteten Meldungen von einer Besserung in Oberschlesien verstummt sind.

* * *

Am Kassaindustriemarkte herrschte, wie schon erwähnt, Realisationslust; in erster Reihe für die in den letzten Wochen stark gestiegenen Werte. Es gelang der Spekulation nicht mehr so leicht, das Publikum für irgendein Papier zu interessieren, und diejenigen Bankfirmen, die noch vor kurzem mit so regem Eifer für die eine oder andere Gesellschaft Stimmung machten, waren häufig bei der Kursfeststellung nicht mehr zugegen. Eine feste Tendenz herrschte für einige Brauereiaktien vor, weil die warme Witterung die Ansicht aufkommen liess, dass eine Besserung der Geschäftslage zu erwarten sei. Von den Aktien der Berliner Brauereien wurden namentlich die Anteile der Weissbierbrauereien gesteigert. Man behauptete, dass gerade diese Gesellschaften besser arbeiten. Wie erinnerlich, ist die Lage der Weissbierbrauereien in den letzten Jahren sehr ungünstig gewesen, und einige Gesellschaften glaubten schon, dass dieser Geschäftszweig sich überhaupt nicht mehr rentieren werde. Wie ich höre, hegen die Weissbierbrauereien augenblicklich in der Tat sehr grosse Erwartungen. Der Konsum soll sich erheblich gehoben haben, und mit den Arbeitern ist eine Einigung zustandegekommen, die den Frieden drei Jahre lang sichert. Ferner sollen auch die Divergenzen mit den Gastwirten beendet sein. Ob sich weitgehende Hoffnungen erfüllen werden, bleibt immerhin abzuwarten, und es ist mindestens zu berücksichtigen, daß die Schädigungen, die die letzten Jahre gebracht haben, erst wieder gut gemacht werden müssen, bevor an eine angemessene Rentabilität gedacht werden kann.

* * *

Für Zementwerte wurde an einigen Tagen zu stimulieren versucht. Die Börsenspekulation wies auf die Einigung mit den Bauarbeitern hin und sofort traten die schon so häufig dementierten Gerüchte auf, dass eine Regelung der Syndikatsfrage zustande kommen werde. Doch schon nach wenigen Tagen war diese Hoffnung begraben. Einige Zeitungen veröffentlichten Aeusserungen Hannoverscher Zementfabriken, aus denen hervorging, daß an eine Einigung noch gar nicht zu denken sei, und selbst wenn eine solche erfolgen würde, die höheren Preise dem laufenden Geschäftsjahre nicht mehr zugute kommen könnten. Von einer Konsumsteigerung durch Beendigung des Streiks versprachen sich die Werke keinen grossen Vorteil, weil eben vorläufig die Preise noch verlustbringend sind.

* * *

Einiges Interesse bestand auch wieder für die Aktien solcher Fabriken, die landwirtschaftliche Maschinen herstellen (wie Flöther Maschinen, Eckert usw.). Die vorläufig zu erwartende gute Ernte gab zu der Vermutung Anlass, dass die Landwirtschaft grössere Bestellungen machen werde. Die Kurse sind aber inzwischen so erheblich gestiegen, dass in den letzten Tagen eine Abschwächung eintrat. Schwach lagen an einigen Tagen Berliner Terrain- und Bau-Aktien auf die Umwandlung der Firma Wolf Wertheim in eine G. m. b. H. Es erfolgten anscheinend Blankoverkäufe, weil diese Transaktion nicht ganz freiwillig erfolgt sein soll.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Giro und Bilanz. Der soeben veröffentlichte Bericht der Preussischen Central-Genossenschafts-Kasse über das Geschäftsjahr 1909 ist vielfach scharf kritisiert worden. Da ich in früheren Jahren auf die grosse Bedeutung, die dieses Institut hat, reichlich hingewiesen habe, und dabei bereits betont habe, dass hier keine Pumpstation für notleidende Agrarier, wie in der liberalen Presse vielfach behauptet wird, von Staats wegen errichtet worden ist, so kann ich mir eine sachliche Besprechung für dieses Jahr sparen. Ich möchte aber auf das hinweisen, was die Kritik in den Tageszeitungen zu erwähnen übersehen hat. Der Bericht der Preussischen Central-Genossenschafts-Kasse ist nämlich von einer Ausführlichkeit, an der die grossen deutschen Privatbanken sich ein Muster nehmen können. Er gibt nicht nur die Schlussziffern der Bilanz und des Gewinn- und Verlustkontos, sondern es werden die einzelnen Konten vielfach zergliedert und in interessanten Zusammenstellungen der Oeffentlichkeit prä-

sentiert. So scheint mir z. B. besonders interessant eine grosse Tabelle, in der der Status des Institutes dekadenweis durch das ganze Jahr hindurch dargestellt wird. Es wäre natürlich für unsere grossen Banken ein leichtes, ebensolche Zusammenstellungen, die für den internen Verkehr hergestellt werden, zu veröffentlichen. Ihre Wichtigkeit liegt namentlich darin, dass man durch solche Zusammenstellungen wichtige Aufschlüsse über die Gesetze der Geldbewegung bekommen würde. Solche Zahlen müssten ein interessantes Bild davon aufrollen, welchen Einfluss die Quartalstermine auf die Inanspruchnahme der Institute ausüben. Die Tabellen der Preussischen Central-Genossenschafts-Kasse lassen allgemein gültige Schlüsse nach dieser Richtung nicht zu, weil die Kunden dieser Bank sich doch zum überwiegenden Teile aus landwirtschaftlichen Kreisen rekrutieren, bei denen die Zahlungtermine anders liegen als bei Fabrikanten und Kaufleuten, und bei denen die Erntetermine eine grosse Rolle spielen. In diesem engeren Ausschnitt aus dem wirtschaftlichen Leben geben aber die Zahlen aus der Preussischen Central-Genossenschafts-Kasse einen recht lehrreichen Einblick, dessen Studium ich besonders jungen Nationalökonomen lebhaft empfehlen möchte. Jedoch wichtiger als diese mehr theoretischen Mitteilungen des Berichtes erscheint mir eine interessante Eigenart von praktischer Bedeutung. In den Erläuterungen über den Wechselverkehr des Institutes gibt die Preussische Central-Genossenschafts-Kasse auch die Giroverbindlichkeiten an, die sich insgesamt auf 12,72 Millionen *M* belaufen. In den Verhandlungen vor der Bankenquetekommission ist verschiedentlich verlangt worden, dass in den Monatsausweisen und Jahresbilanzen der Universalbanken ebenfalls das jeweilige Giroobligo angegeben werden solle. Denn ohne dass man weiss, welche Eventualverpflichtungen die Banken aus weiterbegebenen Wechseln haben, kann man natürlich den Kassenbestand und die Liquidität des Institutes überhaupt nicht gut beurteilen. Der von den Bankdirektoren in den Sitzungen der Bankenquete gemachte Einwand, dass es den Banken erhebliche Schwierigkeiten bereite, diese Giroverbindlichkeiten festzustellen, ist für jeden, der die Wechseltechnik in den Büchern der Banken kennt, ohne weiteres hinfällig. Dass jene ins Feld geführten Schwierigkeiten aber überhaupt nicht allzu gross sein können, ergibt sich ja schon daraus, dass nicht bloss die englischen Banken diese Giroverpflichtungen angeben, sondern dass auch unsere Genossenschaftbanken, insoweit sie dem Schultze-Delitzschen Verbande angehören, durchweg die Verbindlichkeiten aus weiterbegebenen, aber noch nicht abgelaufenen Wechseln bei ihren Veröffentlichungen aufzeichnen. In den Diskussionen der Kommissionsmitglieder, die der Sachverständigenvernehmung folgten, sagte der Direktor der Vereinsbank in Karlsruhe, Herr Karl Peter, folgendes: „Bezüglich der Giroverbindlichkeiten kann ich das bestätigen, was Herr Präsident Heiligenstadt schon ausgeführt hat, dass es eine Forderung der Genossenschaftverbände ist, die Giroverbindlichkeiten zu veröffentlichen. Schon der Gründer der Genossenschaften, Schultze-Delitzsch, forderte es. Ich habe ihn selbst auf Verbandstagen des öfteren dafür eintreten hören. Meine Herren, ich bin durchaus der Ansicht, dass das zur Beurteilung der Bilanz gehört, und ich stimme dem zu, was Herr Bernhard ausgeführt hat, dass er die Verpflichtung, die Giroverpflichtungen zu veröffentlichen, auch gerade den Grossbanken auferlegen möchte.“

* * *

Die Einwände der Bankdirektoren bezogen sich aber nicht bloss auf die Schwierigkeiten in der Feststellung der Summen, sondern es wurde auch der Einwand erhoben, dass man aus der Veröffentlichung der Giroziffern an sich nichts ersehen kann. Charakteristisch für diesen Einwand war namentlich das, was die Herren Schinckel und Kämpf ausführten. Herr Schinckel, der die Freundlichkeit hatte, das von mir eingereichte Bilanzschema besonders eingehend zu würdigen und mir dabei „grossen Eifer“ und „eine gewisse Sachkenntnis“ ins Zensurenbuch zu schreiben, sagte bezüglich dieser Vorschläge betreffend die Giroverpflichtungen folgendes: „Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Giroverbindlichkeiten der Banken kennen zu lernen. Auch das ist ein ungeheuer heikles Thema. Wenn Sie wirklich die Giroverbindlichkeiten der Banken kennen lernen, werden Sie jedenfalls die grösste Gefahr laufen, aus diesen Verbindlichkeiten irrige Schlüsse zu ziehen. Manchmal vielleicht zufällig auch richtige. Nehmen Sie an, man macht ein grösseres Geschäft in Devisen, wie wir es in Hamburg machen, und auch die Banken, wie ich wohl sagen darf, auch manchmal die Reichsbank, kaufen Devisen durch uns. Natürlich haben wir dann die Wechsel zu indossieren. Es sind aber Giroverbindlichkeiten auch ausser Frage, der ich mich nicht schäme, ich hätte sie aber in meiner Rubrik für Giroverbindlichkeiten aufzunehmen. Ein anderer ist aber vielleicht immer etwas knapp. Er muss grosse Mengen Wechsel von den Kunden hereinnehmen, muss fortwährend rediskontieren, eine Sache, die natürlich jeder gern vermeidet. Bei dem ist die Ziffer der Giroverbindlichkeiten also etwas ganz anderes, als wenn man für die Deutsche Reichsbank oder die Belgische Staatsbank Devisen zu kaufen hat und dann ebenso seine Giroverpflichtungen aufnehmen muss.“

* * *

Und Herr Kämpf, der ehemalige Direktor der Darmstädter Bank, der Präsident der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, führte folgendes aus: „Die Belgische Nationalbank wird in Deutschland einen grossen Betrag von Markwechseln kaufen und gibt vielleicht der Norddeutschen Bank einen derartigen Auftrag, wie sie ihn nicht an viele Banken gibt. Die dadurch entstehenden Giroverbindlichkeiten sind meiner Meinung nach nicht Verbindlichkeiten im Sinne derer, die die Veröffentlichung verlangen. Man braucht da nicht bloss an die Belgische Nationalbank zu denken, ich weiss, dass deutsche Banken und namentlich Hypothekenbanken ausserhalb Berlins, fortwährend grosse Beträge nach Berlin geben, um Markwechsel zu kaufen, die sie in ihr Portefeuille legen. Auch diese Verbindlichkeiten sind keine Verbindlichkeiten, wie sie von den Urhebern des Wunsches auf Veröffentlichung betrachtet werden. Ich glaube daher, dass die Veröffentlichung dieser Giroverbindlichkeiten nur irreführt. Und wenn irgend etwas Irreführendes vermieden werden könnte, wollten wir es tun.

* * *

Diese Einwendungen sind insoweit anfechtbar, als sie es so darstellen, als ob in den Verbindlichkeiten der weiterbegebenen Privatdiskonten gar kein Risiko steht. Dem ist aber doch nicht so. Wenn man allerdings immer die Deutsche Reichsbank und die Belgische Nationalbank als Kontrahenten in Betracht zieht, so ist das Risiko freilich beinahe gleich Null. Allein was die von Herrn Kämpf angeführten Hypothekenbanken betrifft, so haben gerade die Ereignisse des Jahres 1900 gezeigt, dass auch diese Institute unter Umständen für ihre Geschäftsverbindungen nicht bloss Freude mit sich bringen. Und es ist doch noch sehr frisch in unserem Gedächtnis, dass beim Zusammenbruch der Leipziger Bank und beim Zusammenbruch der Hamburger Bankfirma Haller Söhle & Co. (es mag noch mehr ähnliche Fälle geben) Risiken aus fälligen Giroverpflichtungen entstanden, an die man vorher nicht gedacht hatte. Nun ist aber andererseits sehr richtig, und insoweit will ich den Herrn durchaus recht geben, dass verhältnismässig weniger Risiko in solchen und ähnlichen Verbindlichkeiten liegt, als in denen, die dem regulären Diskontverkehr entspringen. Nun zeigt aber gerade der Geschäftsbericht der Preussischen Centralgenossenschaftskasse, dass man in der Angabe der Giroverpflichtungen auch sehr geschickt spezifizieren kann. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse trennt nämlich zunächst generell Verbindlichkeiten aus Giro von Inkassowechseln und Verbindlichkeiten aus dem Giro von Diskontwechseln. Und sie teilt weiter jede einzelne dieser Rubriken in Verbindlichkeiten gegenüber der Reichsbank und Verbindlichkeiten gegenüber anderen Firmen. Wenn man die Giroverbindlichkeiten so geteilt bekommt, so kann man sich ein ziemlich eingehendes Bild von der Natur der Verbindlichkeiten und dem Risiko machen. Insofern stellt Bilanz und Geschäftsbericht der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ein Muster dar, das sich unsere Universalbanken zum Beispiel nehmen sollten. Sie könnten dann doch wenigstens in einem Punkte auch ihre Zweimonatsbilanzen wertvoller für die Oeffentlichkeit machen, als sie es jetzt sind.

Zum Fall Ansbacher. Der Prokurist einer Hypothekenbank schreibt mir: „Gestatten Sie zu der in Ihrem Aufsatz über die neuerliche Krise bei der Bayerischen Bodencredit-Anstalt in Würzburg wiedergegebenen Ansbacherschen Kalkulation dem Prokuristen einer süddeutschen Hypothekenbank ein paar Bemerkungen. Diese sollen sich, wie ausdrücklich betont sei, nur auf die Kalkulation beziehen. Zu hoch gegriffen scheint mir der Ausgabekurs von 100,90% (die mündelsicheren Pfandbriefe der anderen bayerischen Institute notierten nur ca. 101%) selbst unter Berücksichtigung der kalkulierten hohen Bonifikation von 1,25%. Andererseits wird bei der weiteren Berechnung eine Zinsspannung von $^1/_4$% zugrunde gelegt, obwohl einige Zeilen vorher von der Möglichkeit der Erlangung $4^1/_2$%iger Deckungshypotheken (oder sollte das auf einen Druckfehler beruhen?) die Rede ist. Tatsächlich dürfte unter den augenblicklichen Verhältnissen ein Satz von $4^1/_2$ % für gute Sachen nicht leicht zu erzielen sein, während man mit $4^1/_4$ % den Zinsfuss wohl etwas zu niedrig greifen würde. Man wird der Wirklichkeit wohl am nächsten kommen, wenn man einen Satz von $4^3/_8$ % bei 1% Provision zur Basis nimmt. Danach ergäbe sich die folgende Berechnung:

0,10 % Herstellung, Inserate, Prospekte und Kotierunggebühr[1]),
0,05 % Börseneinführung[1]),
0,50 % Reichsstempel,
0,02 % Schlussnotenstempel[2]) (der m. W. von der Bank ganz getragen wird),
0,35 % Vermittlungprovision[2]) (Sätze dürften zwischen $^1/_4$—$^1/_2$ % schwanken),
1,25 % Bonifikation,
2,27 % Gesamtaufwand, wovon zunächst nur
 0,50 % durch Agio,
 1—2 % durch Abschlussprovision
1,60 % gedeckt würden, so dass
0,77 % auf die Zinsspannung der ersten Jahre angewiesen blieben.

Nun beträgt die Zinsspannung nach unserer Annahme 0,37^5 %, wovon in erster Linie, wie durchaus zutreffend bemerkt ist, die nicht unbeträchtlichen Spesen der Wiederplacierung von Rückflüssen zu bestreiten sind. Der Annahme, dass jährlich ein Zehntel neu unterzubringen ist, kann man beipflichten, rechnet man nun für die Zukunft mit dem ermässigten Durchschnitts-Bonifikationssatz von 0,80 % — etwaige Kursverluste werden im grossen Ganzen durch Kursgewinne ausgeglichen werden —, so wären für diesen Zweck einzustellen
0,08 %, wonach verbleiben
0,29^5 %. Die Couponseinlösung berechnet sich bei Vergütung von $^1/_8$ % auf
0,005 % des Nennwertes, und was schliesslich die Talonsteuer anbetrifft, so kann diese im vorliegenden Falle, in dem die erste zehnjährige Periode ins Auge gefasst ist, ausscheiden, weil bekanntlich gerade ein so langer Zeitraum bei der erstmaligen Ausgabe steuerfrei bleibt. Aus der Zinsspannung ergibt sich hiernach ein jährlicher Netto-Ertrag von
0,29 %, der den ursprünglichen Ausfall von 0,77 % im dritten Jahre deckt. Die folgenden sieben Jahre würden 0,29% zum Gewinn beisteuern, und für den Gesamtzeitraum von zehn Jahren stellt sich die Rechnung so, dass aus dem Neugeschäft eine Durchschnittsspannung von

$$\frac{10 \cdot 0{,}29\,\% - 0{,}77\,\%}{10} = 0{,}21^8 \text{ oder rund } ^1/_5\,\%$$

resultieren würde. Das durch die Wiederaufnahme des Geschäfts verursachte Unkosten-Plus ist nun allerdings noch nicht erfasst, wird indessen auch nicht allzusehr ins Gewicht fallen. Vorsorglich will ich aber den sich im Verlauf einer zehnjährigen Periode aus dem Neu-Geschäft sich ergebenden Durchschnittsgewinn von 0,21^3 bis auf $^1/_6$ % herab ermässigen. Für das neue Aktienkapital würde sich danach neben einer Selbstverzinsung von . 4,37^5 %
noch ein Emissionsertrag von . 15 × $^1/_6$ % = 2,50 %
zus. 6,87^5 %
÷ die in der Ansbacherschen Kalkulation berechneten 28 % . . . . 1,92 %
= rund 5 %

[1]) Aus der Ansbacherschen Kalkulation übernommen; der ersten Position setzte ich noch die dort nicht erwähnte Kotierunggebühr zu, in der Annahme, dass diese Gebühr aus dem reichlich bemessenen Betrag von 10 000 M. mitgedeckt werden kann.

[2]) Fehlen; die Vermittlungprovision könnte allerdings auch an dem für Abschlussprovision angenommenen Satz von $^1/_2$% bereits gekürzt sein.

Rente ergeben. Und dieses Resultat, das — notabene — für die neuen Aktien und nicht etwa für das Gesamtkapital im Durchschnitt gilt, verbessert sich noch etwas unter der Erwägung, dass, bevor die Aktienkapital-Erhöhung notwendig wird, das vorhandene Kapital infolge weiterer Ausnutzung der Emissionsgrenze einer besseren Rentabilität zugeführt wird.

zk. Proteus auf Aktien. Innerhalb einer Woche zwei grundverschiedene, aber in gleicher Weise tief einschneidende Finanzprogramme für eine Gesellschaft zu machen, das hat jetzt die Verwaltung der Bergbaugesellschaft Friedrichssegen fertig bekommen. Vor fünf Jahren wurde die Berliner Börse mit diesen Aktien beglückt, nachdem der Abbau der Zinkerze auf dem Konzessionsterrain vorher durch eine Gewerkschaft betrieben worden war. Auf Grund einer Dividendenschätzung von 7% wurde der Einführungkurs auf 132% bemessen, kletterte aber bald bis über 150%. Grund genug, dass die emittierende Firma Samuel Zielenziger zu verstehen gab, eigentlich hätte sie die Aktien zu billig weggegeben. Auf den hohen Börsenkurs wies sie hin, als man ihr erklärte, dass die Bemessung der Vermögenswerte zum mindesten sehr optimistisch sei und dass die auf den gestiegenen Zinkpreisen einer Hochkonjunktur aufgebauten Zukunftsaussichten ernsteren Angriffen nicht standhalten würden. Wenn die Firma in dem Börsenkurse das Welturteil über ihre Werte erblickt, so kann sie sich heute mit Fug und Recht als verurteilt ansehen, denn der letzte Montag sah den Friedrichssegenkurs auf 62%, und dieser Kurs liess sich nur dadurch halten, dass die herauskommende Ware aufgenommen wurde. Die erste Ankündigung der Sanierung schon hatte diese Hoffnunglosigkeit der Aktionäre hervorgerufen. Zwar wurde sie damals euphemistisch „Konsolidierung“ der schwebenden Schulden genannt. Bei näherem Zusehen konnte jedoch der eigentliche Charakter der Transaktion nicht verborgen bleiben, dass nämlich die Gesellschaft, die jetzt drei Jahre keine Dividende zahlt, und das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust abschliesst, saniert werden muss. Es sollten auf jede alte Aktie eine Vorzugsaktie ausgegeben werden. Der Erlös sollte zur Deckung der schwebenden Verpflichtungen und der bestehenden Obligationenanleihe, ausserdem aber auch zur Beschaffung von Betriebsmitteln dienen. Man setzte wohl bei den Aktionären keine besondere Geneigtheit, die neuen Aktien zu übernehmen, voraus. Drum wurden sie besonders schmackhaft gemacht. Wer nämlich sein Kapital aufs neue riskieren wollte, dessen Stammaktie sollte gleichfalls Vorzugsrechte geniessen. Inzwischen hat sich aber wohl die Firma Samuel Zielenziger durch die Bewegung des Börsenkurses und auch anderweitig überzeugt, dass sie zwar allein ihren Aktienbesitz in Vorzugsaktien umwandeln kann, da sie ja doch die neuen Aktien übernehmen müsste, dass aber die anderen Aktionäre ihr Geld nicht mehr in das Unternehmen hineinstecken wollen. Drum kam sie flugs mit einem neuen Plane. Jetzt sollen die Stammaktionäre zur Zuzahlung gezwungen werden, und zwar von 30%. Wer es nicht tut, dessen Besitz wird, weil, wie es in dem offiziellen Communiqué der Verwaltung heisst, „nach dem Gesetz kein Zweifel an der Vollwertigkeit der Stammaktien bestehen darf, ehe auf die Vorzugsaktien Dividende gezahlt wird“, im Verhältnis von 4 : 3 zusammengelegt. Ich fasse den Zweck der Zusammenlegung dahin auf, dass die nicht zuzahlenden Stammaktionäre ebenfalls zu der Rekonstruktion beitragen sollen. Sonst würden sich vielleicht nicht genug finden, die ihr Geld hergeben. Ferner soll 1 Million ℳ Vorzugsaktien geschaffen werden und auf vier alte Aktien eine solche neue angeboten werden. Wer zuzahlt, erhält für diese vier Aktien ebenfalls Vorzugsrechte. Damit ist der Sanierungplan aber noch nicht erschöpft, denn es werden weitere 2 Mill. ℳ Vorzugsaktien geschaffen, zur Ablösung fundierter Schulden. Ferner werden 1½ Mill. ℳ Obligationen ausgegeben. Das Aktienkapital beträgt jetzt 4 Mill. ℳ. Durch die Zuzahlung von 30 % würde demnach ein Betrag von maximal 1,2 Mill. ℳ hereinkommen, ausserdem durch die Vorzugsaktien vor der Hand 1 Mill. ℳ und durch die Obligationen 1½ Mill. ℳ. Nach der letzten veröffentlichten Bilanz vom 31. März 1909 sind an fundierten und schwebenden Schulden 3,3 Mill. ℳ vorhanden gewesen. Unter der nicht unwahrscheinlichen Annahme, dass sie inzwischen noch eine Vermehrung erfahren haben, so würde das durch diesen Teil der Transaktion hereinkommende Kapital gerade zu deren Tilgung sowie zu den Abschreibungen ausreichen, die die Verwaltung doch jetzt für nötig zu halten scheint. Erst durch Begebung der weiteren 2 Mill. ℳ Vorzugsaktien würden neue Mittel in die Gesellschaftskasse fliessen. An Eifer für ihre Aktionäre lässt es die Verwaltung sicher nicht fehlen. Kurz nach der Emission folgte der Ankauf der Grube Werlau, unter Erhöhung des Kapitals auf 4 Mill. ℳ, dann die Aufnahme der Grube Laura von den Brüdern Mannesmann, die später aber wieder zurückgegeben wurde. Zum Bau einer für notwendig erklärten Zinkhütte wurden 3 Mill. ℳ Obligationen geschaffen, dann aber die Verwaltung ermächtigt, sie auch anders zu verwenden. Bis heute sind sie nicht ausgegeben worden. Weiter stand im vergangenen Jahre ein Antrag auf Verschmelzung mit dem Märkisch-Westfälischen Bergwerksverein zur Beschlussfassung, wurde aber von der Generalversammlung des letzteren abgelehnt. Es ist kein Wunder, wenn sich schliesslich die Aktionäre nicht auskennen würden, was eigentlich beschlossen worden ist und was nicht mehr gilt. Hat es die Firma Zielenziger also nicht an Geschäftigkeit fehlen lassen, so doch anscheinend an Geschicklichkeit. Auch andere unter ihrem Einfluss stehende Gesellschaften sind nicht auf einen grünen Zweig gekommen. Nur auf eines möchte ich noch hinweisen. Kurz nach der Einführung der Aktien an der Berliner Börse erklärte die Firma Zielenziger in einer Erwiderung auf die im „Plutus“ geübte Kritik, dass natürlich einem Umschwung der Konjunktur gegenüber Friedrichssegen als vom Metallmarkte abhängiges Werk genau so schutzlos gegenüberstehe wie die anderen Zinkbergwerke und wies darauf hin, dass es nach der Jahrhundertwende auch der Stolberger Hütte, auch dem „reichen Rhein-Nassau“, schlecht ergangen sei. Jetzt aber zahlen diese Gesellschaften wieder achtbare Dividenden und Friedrichssegen, das sich ihnen gleichstellen wollte, steht vor der Notwendigkeit einer Sanierung. Es müssen also doch wohl nicht äussere, sondern innere in der Finanzierung ruhende Gründe gewesen sein, die diese verschiedenartige Entwicklung herbeigeführt haben.

Finanzadel. Bayern ist wiederum um ein neues Adelsgeschlecht, um die Familie derer „von Wassermann“, reicher. Der Prinzregent von Bayern hat seinem Hofbankier, Herrn Angelo Wassermann, dem Seniorchef des in Bamberg und Berlin domizilierenden Bankhauses A. E. Wassermann, den erblichen Adel verliehen. Die Wassermanns stammen aus altem semitischen Geschlecht, sind aus Fürth gebürtig, und ihre Familienmitglieder hängen mit wenigen Ausnahmen noch immer der mosaischen Religionsgemeinschaft an. Auch in Preussen ist ja vor nicht allzu langer Zeit erst ein Jude geadelt worden, aber damit hatte es doch eine eigene Bewandtnis. Der Frankfurter Bankier Benedikt Goldschmidt ist, wie schon der neue Adelsname von Goldschmidt-Rothschild zeigt, wesentlich in seiner Eigenschaft als Mann einer Freiin von Rothschild geadelt worden. Der Fall hatte allerdings insofern interessante Begleitumstände, als der König von Preussen den Sohn, den neu geadelten Dr. von Goldschmidt-Rothschild, zu seinem Kammerjunker machte und dadurch das Offizierskorps seines Regimentes zwang, ihn zum Reserveleutnant zu wählen. Wie allgemein bekannt sein dürfte, wirkt der junge Dr. von Goldschmidt-Rothschild als Attaché bei der deutschen Gesandtschaft in London. Man muss in der Geschichte des preussischen Adels schon ziemlich weit zurückgehen, um der Nobilitierung jüdischer Bankiers zu begegnen. Die freiherrliche Familie Bleichröder und Cohn (der Hofbankier des alten Kaiser Wilhelm), an die man dabei denkt, bilden ganz seltene Ausnahmen. Die Barone von Oppenheim in Köln, deren erster Ahnherr auch Jude war, gehören dem österreichischen Adel an. Ebenso die Barone von Heine-Geldern und die Freiherren von Oppenheimer, die aus Leipzig stammen. Die Nobilitierung des Hofbankiers Wassermann durch den Prinz-Regenten von Bayern ruft die Erinnerung wach, dass schon einmal ein jüdischer Hofbankier geadelt wurde, und zwar durch den König Max Josef, der im Jahre 1814 seinen Bankier Aaron Elias Seligmann den Titel eines Freiherrn von Eichthal verlieh. Die Freiherren von Eichthal sind inzwischen lange katholisch geworden. Sie bilden ein weit verzweigtes Geschlecht. Die Söhne des Ahnherrn bildeten drei Linien. Zwei davon existieren in Frankreich, die dritte ist in Bayern geblieben. Sie stammt von Simon Freiherrn von Eichthal ab, der sich im Jahre 1789 mit Julie Mayer vermählte. Von seinen Söhnen heiratete einer bereits eine Gräfin von Kauen von Belasi. Sein Enkel, der kaiserl. deutscher Legationssekretär war und königl. bayrischer Kammerherr und Rittmeister, heiratete eine Gräfin von Otting und Fünfstätten, und seine Urenkelin vermählte sich dem Freiherrn von Münster und Podewils. Die übrigen Mitglieder des Geschlechtes sind mit den Grafengeschlechtern Armansperg, Bossi-Fedegrotti von Ochsenfeld und den freiherrlichen Geschlechtern Moreau, von Lechendorf, von Godin, von Freytag, Lorighoven, von Gumpelberg und von Inimhof vermählt. Dieses ursprüngliche Bankiergeschlecht ist so sehr adlig geworden, dass der ganz kurz nach seiner Hochzeit im Jahre 1904 verstorbene Münchener Kunstmaler Professor Leo Samberger, dem eine der jüngsten Freiinnen von Eichthal angetraut war, als vereinzelter bürgerlicher Schwiegersohn sich ganz merkwürdig ausnimmt. Wie schnell solche ursprünglich jüdischen Adelsgeschlechter aus Bankierkreisen sich der neuen Umgebung anpassen, namentlich wenn die nötigen Geldmittel vorhanden sind, dafür ist charakteristisch die Entwicklung des Geschlechts von Hellmann. Unter diesem Namen wurde am 12. Juni 1883 der Breslauer Bankier und Rittergutsbesitzer Dr. jur. Ernst Julius Heimann geadelt. Er war noch mit einer schlicht bürgerlichen Dame namens Anna Oppler aus Rosenberg in Schlesien vermählt. Sein Sohn Robert Julius von Hellmann, der als Königl. Preussischer Oberleutnant a. D. starb, heiratete bereits Louise Wilhelmine von Bonin, die sich zwei Jahre nach dem Tode ihres Gatten mit dem Kommandeur des dritten Garde-Ulanen-Regiments Oberst von Mellentin zu Potsdam wieder vermählte. Der Sohn und die Töchter sind adlig verheiratet. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens daran erinnert, dass auch das Geschlecht der Freiherren von Delmar in Preussen von einem jüdischen Hofbankier abstammt. Moritz Levy Delmar wurde im Jahre 1810 von Friedrich Wilhelm geadelt. Das Geschlecht ist im eigenen Stamme aber bereits erloschen. Die Pflegetochter des ersten und einzigen Freiherrn von Delmar, der in Charlottenburg geboren wurde und in Paris starb, war das Kind des ersten Mannes seiner ersten Frau, des Sir William Rombold. Laut einer allerhöchsten Kabinettsorder vom 26. Juni 1869 darf sie sich Freifrau von Delmar nennen. Sie ist in zweiter Ehe mit dem Grafen de la Roche-Foucauld vermählt, der seine Ahnen bis ins Jahr 1019 zurückführt. Sie ist am 11. September 1904 zu Biarritz verstorben. Seitdem ist das Geschlecht der Freiherren von Delmar völlig erloschen. Es ist immerhin nicht ohne Interesse, den Einschlag jüdischen Blutes und Bankiergeldes in unseren Adelsfamilien zu verfolgen. Dieser Einschlag erschöpft sich aber keineswegs in dem, was ich oben ausführte. Denn die Zahl der jüdischen Bankiers- und Kaufmannstöchter bürgerlicher Abkunft, die in den Adel hineingeheiratet haben, zählt heute schon nach vielen Dutzenden.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Entwirrung der englischen Geldverhältnisse hat nun endlich in einer Diskonterhöhung um $^1/_2$% ihren Ausdruck gefunden. Wir haben vor Wochen, als die ersten Anzeichen des Umschwungs eintraten und die Effektenspekulation die Diskontermässigung schon dringend forderte, darauf hingewiesen, dass die Bank die Wendung so weit als irgend möglich zu ihrer inneren Konsolidierung ausnutzen müsse. Um diese nicht zu stören, war es aber erforderlich, das hohe Zinsniveau, so lange nur irgend durchführbar, beizubehalten, das heisst also weitgehende Zurückhaltung zu wahren. Diese Taktik hat die Bank mit bestem Erfolge angewandt. Sie sieht ihren eigenen Status, wie auch die Lage des offenen Marktes heute in einer ganz anderen Verfassung als noch vor wenigen Wochen, und es ist zweifellos, dass ihr die Stärkung nicht in gleichem Masse gelungen wäre, wenn sie den Satz schon früher herabgesetzt hätte.

Der Ausweis, der bei dem Beschlusse vorlag, zeigt eine neuerliche erhebliche Kräftigung. Trotzdem vom

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Freitag, 10. Juni $2^{7}/_{8}$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Anatolische Eisenbahn, Szatmar Nagybanyaer Eisenbahn, Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik — Schluss der Umtauschfrist Aktien Breslauer Wechsler-Bank und Württembergische Landesbank.
Sonnabend, 11. Juni $2^{7}/_{8}$ %	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Akt.-Ges. f. Bahnbau u. Betrieb Frankfurt, Thiederhall Akt.-Ges., Chemnitzer Aktien-Färberei vorm. H. Körner, Bensberg-Gladbacher Bergwerks- u. Hütten-Akt.-Ges. Berzelius, Vereinigte Kammerichsche Werke.
Montag, 13. Juni 3 %	Essener Börse. — Prämienerklärung Brüssel. — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn.* — *G.-V.:* Bergbau-Akt.-Ges. Justus.
Dienstag, 14. Juni 3 %	Düsseldorfer Börse. — Prämienerklärung Paris. — Reports Brüssel. — *G.-V.:* Dessauer Strassenbahn-Ges., Würzburger Strassenbahnen, Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier, Bochumer Bergwerks-Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Chemische Werke Byk.
Mittwoch, 15. Juni 3 %	Medioliquidation Paris. — *Dekadenausweis Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Deutsche Nafta-Ges., Ver. Riegel- u. Schlossfabriken Velbert, Kaliwerke Aschersleben, Riedel Akt.-Ges., Konsolidierte Alkaliwerke Westeregeln. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Lindener Eisen- u. Stahlwerke.
Donnerstag, 16. Juni $3^{1}/_{8}$ %	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Zahltag Brüssel. — *G.-V.:* Zuckerfabrik Körbisdorf, Mix & Genest, Howaldswerke Kiel, Heidelberger Strassen- u. Bergbahn-Ges., Rhederei Akt.-Ges. Oceana. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Mühlenbauanstalt Maschinenfabrik Seck.
Freitag, 17. Juni $3^{1}/_{4}$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — *Reichsbankausweis.* — Zahltag Paris.
Sonnabend, 18. Juni $3^{1}/_{8}$ %	Bankausweis New York. — *Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen.* — *G.-V.:* Nassauische Kleinbahn-Akt.-Ges., Eisern-Siegener Eisenbahn, Deutsch-Amerikanische Petroleum-Akt.-Ges., Gustav Genschow Akt.-Ges., Warenhaus für deutsche Beamte, Dampfschiffrhederei Union.
	Ausserdem zu achten auf: Geschäftsberichte Macedonische und Anatolische Bahnen, Dividendenschätzungen der Zuckerfabriken. Zulassunganträge (in Mill. M.): Berlin: 10 4 % Pfdbr. deutsche Hyp.-Bank Berlin, 7,4 Aktien Aschaffenburger Maschinenpapier-Fabrik, 4,5 Aktien Hubertus Braunkohlen-Akt.-Ges., 0,650 Aktien-Bank f. Sprit- u. Produktenhandel, 20 4 % Obl. Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn, 17,5 4 % Saarbrückener Stadtanleihe, 1,40 Aktien Leipziger Pianofortefabrik Zimmermann, 6 neue Aktien Eschweiler Bergwerks-Verein, 81,9 Marokkanische Staatsanleihe. Frankfurt a. M.: 374,7 $4^{1}/_{2}$ % Goldbonds Mexikan. Eisenbahn. Breslau: 10 neue Aktien Schlesischer Bankverein, 1,75 neue Aktien Leipziger elektrische Strassenbahn. München: 3,95 Aktien chem. Fabrik Scheidemandel. Bremen: 3 5 % Obl. Gewerkschaft Riedel, 0.750 Aktien Bremer Silberwarenfabrik. Dresden: 1 neue Aktien chem. Fabrik Heyden. Verlosungen: 10. Juni: 2 % Stadt Antwerpen 100 Frcs. (1903). 15. Juni: 3 % Aegypt. Credit Foncier 250 Frcs. (1886, 1903), Kanton Freiburg 20 Frcs. (1898), $2^{1}/_{2}$ % Stadt Brüssel 100 Frcs. (1902), 4 % Stadt Paris 500 Frcs. (1865), 5 % Suez-Kanal 100 Frcs. (1867), Panama-Kanal 400 Frcs. (1888), Pester I. Vaterl. Spark. 100 K. (1906).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Auslande nur ca. 960 000 Pfund Gold eingingen, weist der Metallbestand 1 770 000 Pfund Zunahme auf, es sind also wiederum grosse Beträge aus dem Inlandsverkehr zurückgeflossen. Der Umfang dieser Position ist jetzt etwa 40,5 Millionen Pfund, während er im vorigen Jahre bei einer offiziellen Rate von $2\frac{1}{2}$ % nur 37,3 Millionen Pfund betrug. Dasselbe Bild bietet die Höhe der Gesamtreserve im Verhältnis zur gleichen Vorjahrsperiode betrachtet, dieselbe beträgt heute 30,5 Millionen gegen 26,2 in 1909. Der günstige Eindruck wird vervollständigt durch den Rückgang von Wechsel und Lombard um 1 500 000 Pfund seit der Vorwoche. Er illustriert die Kräftigung des offenen Marktes, der diese Rückzahlung zustande brachte, ohne seine Depositenguthaben um mehr als 676 000 Pfund zu schwächen. Allerdings waren ihm am 1. Juni diejenigen Beträge aus den Staatsguthaben zugeflossen, die den nicht konvertierenden Inhabern der Kriegsanleihen gezahlt werden mussten; war die Anzahl solcher Titres im Verhältnis zum Gesamtbetrag der Anleihe auch gering, so fiel die Summe für die augenblicklichen Bedürfnisse des Marktes doch ins Gewicht. Die privaten Guthaben sind, gegen das Vorjahr betrachtet, allerdings noch ca. 6,7 Millionen Pfund geringer, dagegen ist die Summe der Staatsdepositen fast 9,6 Millionen Pfund höher. Die nächsten Wochen werden das Missverhältnis zwischen diesen beiden Positionen wesentlich verringern, da der Staat kurz nach Medio ca. $3^{1}/_{2}$ Millionen Pfund fällige Schatzwechsel auszuzahlen hat und Steuern in nennenswertem Umfange vorerst nicht zu erheben sind. Für den offenen Markt eröffnet sich damit eine Perspektive weiterer Erleichterung, die im Interesse der Bank allerdings nicht zu weit gehen sollte. Vorläufig ist das Zinsniveau trotz der Diskontermässigung nicht sonderlich mehr zurückgegangen, der Privatdiskont notiert ca. $3^{1}/_{4}$ %, und für tägliches Geld wird ca. $3^{1}/_{2}$ bewilligt.

Auch auf dem Devisenmarkt hat der Schritt der Bank of England keinen Einfluss ausgeübt, im Gegenteil, die Stellung der Sterlingsdevise hat sich seit dem 2. Juni eher noch verbessert. Paris und Berlin haben weiter für

amerikanische Rechnung nach London zu remittieren, da die englische Finanzwelt den Intentionen ihres Zentralinstitutes entsprechend ihre Zurückhaltung gegen Wallstreet noch immer nicht aufgegeben hat. Unter diesen Umständen ist auch die Position Londons im Goldverkehr weiterhin günstig. Der Hauptkonkurrent aus den letzten Monaten, der indische Rat, scheint nunmehr endlich befriedigt zu sein, da die Exportsaison vorüber ist, und man darf voraussichtlich bald mit grösseren Freisetzungen aus der indischen Reserve rechnen. Ebensowenig dürften die Entnahmen Brasiliens noch sehr ins Gewicht fallen, nachdem die Gummipreise wieder erheblich zurückgegangen sind und die geplante Erhöhung der Milreis-Parität vorerst keine Verwirklichung zu finden scheint.

Am heimischen Markt haben sich keine besonderen Veränderungen vollzogen; im Darlehensverkehr sind die Verhältnisse auch weiterhin günstig geblieben. Der Ultimo ist glatt vorübergegangen und hat keine besonderen Spuren hinterlassen. Tägliches Geld ist wieder $3^1/_2$—3% wie im vorigen Monat und der Privatdiskont $3^1/_8\%$. Die Seehandlung ist auch wieder stärker mit Geldofferten im Markt und offeriert u. a. Beträge bis gegen Ende September mit $3^5/_8$—$3^1/_2\%$, woraus sich auch weiterhin eine zuversichtliche Beurteilung der Marktlage ergibt. Der Ultimo-Ausweis der Reichsbank ist geeignet, diesen Eindruck zu bestätigen, indem er trotz regerer Börsentätigkeit nur etwa dieselbe Inanspruchnahme des Institutes wie im vorigen Jahre aufweist. Ein nachteiliger Faktor bleibt allerdings nach wie vor die Stellung der Devisenkurse. Scheck London ist nach vorübergehender Abschwächung wieder 20.50, und zu seiner Steigerung gesellt sich neuerdings auch eine Hausse in der Dollardevise, veranlasst durch Remittierungen, die die hiesige Effektenspekulation infolge der letzten New Yorker Kursrückgänge auf ihre Engagements machen muss, sowie durch Meinungkäufe in Wallstreet, zu denen die gesunkenen Kurse vielfach angeregt haben. Kabelzahlung New York ist auf fast 4.21 angelangt, ein Kurs, der zwar momentan noch keine Goldexporte bedingt, aber von diesem Niveau nicht mehr weit entfernt ist. Justus.

Reichsbank.

Ausweis vom 31. Mai 1910.

Aktiva.	(Millionen ℳ)
Bestand an Gold	837,424
do. an Scheidemünzen	302,848
do. an Reichskassenscheinen	68,644
do. an Noten anderer Banken	8,669
do. an Wechseln	913,209
do. an Lombardforderungen	90,281
do. an Effekten	52,259
do. an sonstigen Aktiven	146,353
Passiva.	(Millionen ℳ)
Grundkapital	180,000
Reservefonds	64,814
Betrag der umlaufenden Noten	1 536,475
sonst. tägl. fällig. Verbindlichkeiten	607,803
sonstige Passiva	30,595
Steuerpflichtiger Notenumlauf	153,939

Bank von Frankreich.

Ausweis vom 2. Juni 1910.

	(Millionen Frcs.)
Gold	3 390,263
Silber	884,931
Portefeuille	1 084,856
Notenumlauf	5 181,635
Privatkonti	634,123
Guthaben des Staates	132,999
Vorschüsse auf Wertpapiere, Gold etc.	520,100

Bank von England.

Ausweis vom 2. Juni 1910.

	(Millionen Pfd. Sterling)
Totalreserve	30,517
Notenumlauf	28,376
Barvorrat	40,443
Portefeuille	32,406
Privatguthaben	37,109
Regierungsicherheiten	14,939

Antworten des Herausgebers.

R. K. Hamburg. Anfrage: „Ist ein Geschäft für einen Hamburger Importeur geordnet, wenn er seinem englischen Vertreter auf ein festes Gebot telegraphisch antwortet: accept if you cannot do better."

Antwort: Meines Erachtens ja.

F. J. Karlsruhe. Anfrage: 1. Kann auf Grund einer Schlussnote, die „im Auftrage eines Konsortiums" ausgestellt ist, eine stempelfreie Kommissionsschlussnote ausgestellt werden, wenn der Kunde denselben Betrag Aktien zum gleichen Kurse bekommt? — 2. Meine Firma empfing heute aus Frankfurt a. M. eine Schlussnote über 5000 ℳ Pfandbriefe à 100%; als Kommissionär stellten wir nun folgende Kommissionschlussnote aus:

	Wert des Gegenstandes
5000 ℳ Pfandbriefe à 100%	5000 ℳ
	+ Spesen

Ist es angängig, dass wir bei derartigen Schlussnoten zum Originalkurse noch unsere Spesen schlagen, auch wenn dadurch der ausmachende Betrag ein neues Tausend anfängt? Muss die Kommissionschlussnote das Datum der Originalschlussnote tragen?

Antwort: Sie müssen die Spesen extra berechnen, sobald wie Sie die Spesen dem Kurse zuschlagen, oder vom Kurse abziehen, sind die Kurse nicht mehr gleich und die Voraussetzungen der Stempelbefreiung für die Kommissionschlussnote fallen fort. Dagegen ändert es an der Zulässigkeit der Ausstellung einer steuerfreien Kommissionsschlussnote nichts, dass die erste Schlussnote „im Auftrage eines Konsortiums" ausgefertigt ist. Die Kommissionschlussnote braucht nicht das Datum der Originalnote zu tragen, es muss aber auf ihr die Aufbewahrungnummer der Originalnote angegeben sein.

H. A. Schweinfurt. Anfrage: Laut § 16 der Umsatzsteuer sind Tauschgeschäfte, bei welchen verschiedene Abschnitte oder Stücke mit verschiedenen Zinsterminen von Wertpapieren derselben Gattung ohne anderweitige Gegenleistung Zug um Zug ausgetauscht werden, steuerfrei. Sollte dies Gesetz nun dahin verstanden werden, dass ein Umtausch nur dann steuerfrei ist, wenn verschiedene Abschnitte, d. h. kleinere in grössere und grössere in kleinere umgetauscht werden und nicht, wenn der Umtausch in gleich grossen Stücken erfolgt.

Antwort: Die Steuerbefreiung gilt nur dann, wenn „verschiedene Abschnitte" oder „Stücke mit verschiedenen Zinsterminen" von Wertpapieren derselben Gattung Zug um Zug ausgetauscht werden. Wenn gleich grosse Stücke getauscht werden, so liegt ein Tauschgeschäft vor, auf das ein einmaliger Umsatzstempel entrichtet werden muss. U. a. ist durch Finanzministerialerlass vom 2. April 1902 entschieden, dass die Stempelbefreiung des § 16 Abs. 1 nicht gilt, wenn ein verlostes Stück gegen ein unverlostes im gleichen Nennwert umgetauscht wird.

Bankbeamter i. R. Ich bin Vorsteher der Effektenabteilung einer hiesigen Bank. Ein häufiger Kunde gibt bei mir das Bezugsrecht seiner Aktien zum Verkauf auf, der Vermerk brieflich oder telegraphisch steht nicht auf dem Auftragsbrief. Da ich am selben Tage Depesche nach Berlin habe, gebe ich den Auftrag, um das Interesse des Kunden zu wahren, telegraphisch nach Berlin weiter und verkaufe das Bezugsrecht am ersten Tage der Notiz, gebe auch schon am nächsten Tage dem am Orte wohnenden Kunden Abrechnung, sodass dieser sieht, dass der Verkauf am Tage des Auftrags in Berlin ausgeführt ist. Depeschenspesen habe ich dem Kunden nicht belastet. — Da ich glaube, die Beobachtung gemacht zu haben, dass Bezugsrechte meistens am ersten Tage am höchsten notieren, während der Kurs später fällt, glaubte ich also im Interesse des Kunden zu handeln, wenn ich das Bezugsrecht so zeitig wie möglich in Berlin verkaufte. Zufällig stieg in diesem Falle das Bezugrecht am zweiten Tage der Notiz und der Kunde erklärt sich nicht mit der Abrechnung einverstanden, sondern verlangt die Kursdifferenz nachträglich vergütet. Muss meine Bank, trotzdem ich in bester Absicht das Interesse des Klienten wahren wollte, die Differenz vergüten?

Antwort: Ihre Bank ist zu keiner Nachvergütung verpflichtet. Wenn der Kunde Ihnen keinen Tag für den Verkauf fixiert hat, so müssen Sie die Ordre spätestens an dem Tag zur Ausführung bringen, an dem dies ordnunggemäss auf schriftlichem Weg möglich ist. Geben Sie den Auftrag telegraphisch nach Berlin, so braucht sich der Kunde keine Berechnung von Depeschenspesen gefallen lassen, hat auch keinen Anspruch auf frühere Ausführung, muss sich die Ausführung aber gefallen lassen, wenn Sie für den betreffenden Tag die Weitergabe und Ausführung nachweisen.

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Gold.[1])

	1898 Menge in kg	1898 Wert in Mill. M	1908 Menge in kg	1908 Wert in Mill. M
Goldproduktion in Mexiko	12 800	35 70	33 661	93,7

8. **China:** Es wird Goldwäscherei und Goldbergbau betrieben, allerdings stammt ein grosser Teil des im Lande vorhandenen Goldes aus Sibirien, vielleicht auch aus Korea. Gold wird gefunden namentlich in den gebirgigen Distrikten der Provinzen Tschile und Schantung; seit den 80er Jahren haben in letztgenannter Provinz auch Europäer Goldminenkonzessionen erhalten. Produktion 1908: 13 011 kg = 36,1 Mill. M.

Technik der Goldgewinnung.

Die heutige

Technik der Goldgewinnung wird bedingt durch die Art des Vorkommens des Goldes, durch die vorhandene Menge und endlich durch die damit im Zusammenhang stehende Rentabilität des für den einen oder anderen Weg der Gewinnung aufzuwendenden Betriebskapitals. Historisch betrachtet, ist man von den rein mechanischen Methoden der Zerkleinerung des goldführenden Gesteins und des Waschens oder des einfachen Auswaschens goldführenden Sandes allmählich zu immer komplizierteren chemischen Methoden übergegangen, ohne dass dabei jedoch die freilich mit der Zeit gleichfalls stark verbesserten mechanischen Methoden aufgegeben wurden. Auch nach den einzelnen Ländern, in denen das Gold in abweichender Form vorkommt, sind seine Gewinnungmethoden durchaus verschieden. Im allgemeinen kann man sagen, dass meistens zuerst die goldführenden Flusssande und auch die sonstigen goldhaltigen Alluvionen mit immer vollendeterer Technik ausgewaschen wurden, und dass man später zu dem weniger einträglichen, mühevolleren, aber durch die moderne Technik sich ständig verbilligenden Prozess des Abbaues der goldhaltigen Gebirge, namentlich des Quarzitgesteines, geschritten ist. An die nunmehr stattfindende bergmännische Gewinnung knüpft sich die kompliziertere, mit chemischen Methoden arbeitende Hüttengewinnung an. Demgemäss sind die einzelnen Arten der Goldgewinnung:

1. **Die Auswaschung der goldführenden Sande,** welche man ausgräbt oder durch Wasserkraft fortschwemmt. Das Waschen wurde anfangs mit der Hand und wird heute im Grossbetriebe meist oder ausschliesslich mit Hilfe von Maschinen vorgenommen. Man unterscheidet demgemäss eine Hand- und Maschinenwäscherei. Mit der Wäscherei geht Hand in Hand in begrenztem Umfange auch die

Zerkleinerung. Anderseits verbindet sich die moderne Maschinenwäscherei bereits mit gewissen chemischen Methoden. Neben der Wäscherei hat man neuerdings auch die sog.

Windseparation in den Vereinigten Staaten angewandt, welche wie die Wäscherei gleichfalls auf dem Prinzip beruht, die Trennung der schwereren Goldteile von den leichteren Sand- und Gesteinsteilen durchzuführen.

a) **Die Handwäscherei** bedient sich als Nebenapparate einfacher Rinnen, Pfannen oder flacher Schüsseln. Letztere werden in fliessendes Wasser gestellt und einer ständigen Drehung unterworfen, durch die bewirkt wird, dass Sand und Wasser über den Rand der Schüssel hinweg gespült werden, während die schweren Goldkörner sich auf dem Boden der Schüssel ansammeln. In früheren Zeiten hat man auch auf Tierhäuten die Goldkörner festgehalten (Geschichte des goldenen Vlieses).

b) **Maschinenwäscherei:** Die einfachste Maschine ist die sog.

Wiege oder Cradle, sie wurde zuerst in Kalifornien und Australien angewandt. Es handelt sich um einen einfachen eisernen oder hölzernen Kasten, auf dessen Boden parallele flache Querleisten verlaufen. Der Kasten wird schräg gestellt oder an der einen Seitenkante aufgehängt, so dass die Fläche mit dem Boden eine je nach Bedürfnis beliebige Neigung mit dem Erdboden erhält.

(Fortsetzung folgt.)

[1]) Siehe Plutus Seite 303, 326, 344, 362, 381, 400, 417, 437 ff.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 70 HGB.

Das Manko als Entlassunggrund. Der von den Parteien abgeschlossene Vertrag enthielt die Bestimmung, dass der Kläger, der eine Filiale der Beklagten leitete, sollte entlassen werden können, wenn sich ein Fehlbetrag von mindestens 30 ℳ ergebe. Der Kläger hatte wiederholt Manki in höheren Beträgen, ohne dass er entlassen wurde, und blieb gegen $6^1/_2$ Jahre bei der Beklagten. Schliesslich sprach diese jedoch die Entlassung wegen eines Mankos von 328 ℳ aus. Das Kaufmannsgericht erklärt die Entlassung für ungerechtfertigt. Ein Fehlbetrag von 30 ℳ könne zwar einen Entlassunggrund nicht bilden, wohl aber ein solcher von 328 ℳ, weil darin eine unsorgfältige Wirtschaft liegen könne, und diese brauche sich kein Chef gefallen zu lassen. Aber da dies schon seit Jahren so gehe und die Beklagte es geduldet habe, so dürfe sie nicht plötzlich streng sein, nachdem sie so lange milde gewesen sei. Jetzt hätte sie den Kläger auch noch einen Monat (die vertragliche Kündigungfrist) behalten können. (Urteil der III. Kammer vom 3. Juni 1910.)

§ 59 HGB.

Ist ein Lagerist Handlunggehilfe? Die Klägerin war im Lager beschäftigt. Sie hatte Waren auszusortieren, zu verpacken und an die Expedition weiter zu geben. Das Kaufmannsgericht entscheidet, dass die Klägerin Handlunggehilfin sei. Sie habe für den Absatz mitgewirkt, da sie Ware an die Expedition hinausgegeben habe. Das sei eine kaufmännische Tätigkeit. (Urteil der IV. Kammer vom 2. Juni 1910)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

Industriepolitik. Von Regierungrat Professor Dr. Josef Grunzel. 3. Band von Grundriss der Wirtschaftpolitik. Preis brosch. 2,80 ℳ. Wien und Leipzig, Alfred Höller, k. u. k. Hof- und Universitätbuchhändler.

Industrie und Industriepolitik. — Begriff und Bedeutung der Industrie. — Die Aufgaben der Industriepolitik. — Die industriellen Betriebssysteme. — Die Hausindustrie. — Das Handwerk. — Die Fabrikindustrie. — Die Gewerbeverfassung. — Das Zunftwesen. — Die Gewerbefreiheit. — Verstaatlichung und Verstadtlichung. — Die Produktionsvereinigungen. — Die Handelsgesellschaften in ihrer Anwendung auf die Industrie. — Die Erwerbs- und Wirtschaftgenossenschaften im Gewerbe. — Kartelle und Trusts. — Arten und Verbreitung derselben. — Wirkung und Regelung derselben. — Die Interessenvertretungen. — Die Zwangsorganisationen. — Die freien Vereine. — Die Arbeiterfürsorge. — Der Arbeiterschutz. — Die Arbeiterversicherung. — Das Arbeitverhältnis. — Gewerbe- und Industrieförderung. — Die Förderung des Kleingewerbes. — Die Förderung der Fabrikindustrie. — Das Submissionswesen. — Das gewerbliche Unterrichtswesen. — Die niederen und mittleren Schulen. — Die technischen Hochschulen. — Ausstellungen und Museen. — Die Ausstellungen. — Die Gewerbemuseen. — Der Schutz des gewerblichen Eigentums. — Der Patentschutz. — Der Musterschutz. — Die Gewerbestatistik. — Der Bergbau. — Die Bergbaupolitik. — Die Bergarbeiter.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Heft 7. Preis 0,50 ℳ. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin.

Die gewerkschaftliche Internationale, von Carl Legien. — Der Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit, von Robert Schmidt.

Ueber Wolle, Baumwolle, Leinen, natürliche und künstliche Seide. Eine gemeinverständliche Beschreibung der wichtigsten Rohstoffe der Textilindustrie. Von Prof. Dr. von Kapff, Direktor der Preuss. Höheren Fachschule für Textilindustrie, Dozent an der Kgl. Techn. Hochschule in Aachen. Mit 54 Abbildungen, Preis brosch. 3,20 ℳ, geb. 3,75 ℳ. Leipzig 1910. Buchhandlg. Gustav Fock G. m. b. H.

Wolle, — Baumwolle und ähnliche Fasern. — Leinen (Hanf, Jute, Ramie usw.). — Natürliche Seide. — Künstliche Seide. — Statistisches.

Wirtschaftstatistische Monatsberichte. Herausgegeben von Richard Calwer. Februar 1910. Preis 5 ℳ, pro Quartal 15 ℳ. Geschäftsstelle: Berlin W. 50, Pragerstr. 30.

Zusammenfassender Ueberblick. — Produktion. — Arbeitmarkt. — Bergbau und Hütten. — Metalle und Maschinen. — Landwirtschaft. — Nahrung- und Genussmittel. — Textilgewerbe, Bekleidung. — Baugewerbe, Steine und Erden. — Uebrige Gewerbe. — Geldmarkt. — Auswärtiger Handel, Verkehr. — Konsum, Preise. — Chronik für den Monat März. — Nachträge, Berichtigungen.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. In Verbindung mit Werner Sombart und Max Weber herausgegeben von Edgar Jaffé. XXX. Bd., 2. Heft. März-Heft 1910. Tübingen 1910, Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Studie zur schleswig-holsteinischen Agrarstatistik. Von Prof. Ferdinand Tönnies. — Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages im landwirtschaftlichen Betriebe. Von Prof. Joseph Esslien — Wirtschaftführung und Haushaltungaufwand deutscher Volksschullehrer. Von Dr. Wilhelm Gerloff. — Sozialdemokratische Pfarrer. Eine Skizze von Prof. Karl Vorländer. — Die Gewerkschaftbewegung im Jahre 1909. Von Dr. Emil Lederer.

Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungs-Wissenschaft. Schriftleitung Prof. Dr. phil. et jur. Alfred Manes. Preis pro Heft 5 ℳ. Band X, 2. Heft. Berlin 1910, Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Geschichtliches über die Bürgerkunde und die Berücksichtigung des Versicherungwesens in ihr. Von Prof. Dr. Manes. — Die neuen Versicherungbedingungen: I. Lebensversicherung. II. Feuerversicherung. Von Kammergerichtsrat Hagen. — Grundlagen der Streikversicherung. Von Dr. phil. Meltzing. — Zur Frage der sogenannten Abonnentenversicherung. Von Rechtsanwalt Dr. jur. Hagen. — Bemerkungen zur Abonnentenversicherung. Von Geh. Justizrat Schneider. — Nochmals der Generaldirektor in Aktien- und Versicherungrecht. Von Dr. jur. Prof. Rehm. — Die Mutterschaftversicherung vom Standpunkt der Versicherungwissenschaft. Von Direktor Dr. Marschner.

Fünfzig Jahre Kölnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum goldenen Jubiläum der Zeitung am 1. April 1910, von Dr. Hermann Cardauns. 64 S. Köln a. Rh., Verlag und Druck von J. P. Bachem.

Vorbemerkung. — Vorgeschichte. — Rheinische und Deutsche Volkshalle. — Kölnische Blätter und Kölnische Volkszeitung, 1860 bis 1885. — Die letzten 25 Jahre, 1885 bis 1910. — Die Leistungen der Zeitung. — Schlusswort.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Adler-Kaliwerke A.-G., Köln, 25. 6., 20. 6., 3. 6. ● A.-G. für Betonbau Diss & Co., Düsseldorf, 24. 6., 18. 6., 2. 6. ● A.-G. Breslauer Concerthaus, Breslau, 24. 6., 18. 6., 31. 5. ● A.-G. Deutsche Kaliwerke Bernterode, Essen a. d. Ruhr, 25. 6., 20. 6., 2. 6. ● A.-G. f. Grundbesitzverwertung, Berlin, 25. 6., 20. 6., 28. 5. ● A.-G. für Hoch- und Tiefbauten, Frankfurt a. M., 22. 6., 16. 6., 30. 5. ● A.-G. f. Industrie und Grunderwerb Schmolzhof, Breslau, 23. 6., 17. 6., 31. 5. ● A.-G. für Kohlendestillation, Berlin, 25. 6., 20. 6., 2. 6. ● A.-G. Mech. Bautischlerei und Holzgeschäft, Oeynhausen, 25. 6., 19. 6., 20. 5. ● Ahstedt-Schellerter Zuckerfabrik, Schellerten, 16. 6., 10. 6., 31. 5. ● Aktien-Getreide-Drescherei, Gadenstedt, 15. 6., 10. 6., 1. 6. ● Aktien-Verein des Zoologischen Gartens, Berlin, 22. 6., 17. 6., 2. 6. ● Aktien-Zuckerfabrik Malchin, 23. 6., 17. 6., 23. 5. ● Arloffer Thonwerke A.-G., Münstereifel, 25. 6., 20. 6., 1. 6.

Bauland Seestrasse-Nordpark A.-G., Berlin, 20. 6., 14. 6., 12. 5. ● Bergische Kleinbahnen A.-G., Elberfeld, 25. 6., 20. 6., 28. 5. ● Berliner Terrain- und Bau-A.-G., Berlin, 25. 6., 19. 6., 31. 5. ● Billing & Zoller, A.-G. f. Bau- und Kunsttischlerei, Karlsruhe, 25. 6., 20 6., 2. 6. ● Boden-Gesellschaft Heidenau A.-G., Dresden, 25. 6., 20. 6., 3. 6. ● Breslau-Schwoitsch-Gr. Nädlitzer Chausseebau-A.-G., Breslau, 17. 6., 10. 6., 28. 5. ● Bürener Portland-Cement-Werke A.-G. Büren i. W., Düsseldorf, 22. 6., 16. 6., 25. 5.

Cheviot- und Loden-Fabrik Schwaig Feller, von Saint George & Co. A.-G., Schwaig b. Erding, 21. 6., 15. 6., 30. 5. ● Consolidierte Chemische Fabrik, Altenburg, 25. 6., 20. 6., 25. 5.

Dampfschiffsrhederei „Union" A.-G., Hamburg, 18. 6., 12. 6., 31. 5. ● Dampfziegelwerk Sachsenhagen A.-G., 23. 6., 17. 6., 27. 5. ● Deutscher Eisenhandel A.-G., Berlin, 22. 6., 18. 6., 31. 5. ● Deutsche Magneta-A.-G., Köln a. Rh., 25. 6., 20. 6., 28. 5. ● F. Dippe, Maschinenfabrik, A.-G., Schladen, 28 6., 21. 6., 25. 5. ● Dortmunder Brauhaus A.-G., Dortmund, 22. 6., 16., 6.. 30 5.

Elektra A.-G., Dresden, 22. 6., 18. 6., 27. 5. ● Electricitätswerke d. Argen, A.-G. Wangen i. Allgäu, Friedrichshafen, 21. 6., 16. 6., 30. 5.

Fabrik feuerfester und säurefester Produkte A.-G., Berlin, 25. 6., 20. 6., 1. 6. ● Filzfabrik Adlershof A.-G., Berlin, 25. 6., 20. 6., 3 6. ● Ferdinand Flinsch, A.-G. f. Maschinenbau, Frankfurt a. M., 22. 6., 18. 6., 2. 6.

Gaswerk Neustettin A.-G., Neustettin, 18. 6., 12. 6., 30. 5. ● Gaswerke Sterkrade A.-G., Sterkrade, 25. 6., 20. 6., 2. 6. ● Gemeinnütziger Bauverein, Lennep, 22. 6., 18. 6., 10. 5. ● Geestemünder Creditbank, Geestemünde, 16. 6., 10. 6., 28. 5. ● Glasfabrik Carlshütte, Gnarrenburg, 16. 6., 10. 6., 30. 5. ● Glashütte vorm. Gebr. Siegwart & Co., Stolberg, Rhld., 22. 6., 17. 6., 30. 5. ● Gothaische Kohlensäure-Werke Sandra-Quelle A.-G. zu Gotha, Berlin, 23. 6., 17. 6., 30. 5. ● Gotthardbahngesellschaft, Luzern, 25. 6., 20. 6., 3. 5. ● Graphische Gesellschaft A.-G., Berlin, 20. 6., 14. 6., 2. 6. ● Grifte-Gudensberger Kleinbahn-Ges., Gudensberg, 20. 6., 14. 6., 20. 5.

Hallesche Kaliwerke A.-G., Schlettau a. S., 24. 6., 18. 6., 2. 6. ● Hallescher Verkaufsverein f. Ziegelfabrikate A.-G., Halle a. S., 18. 6., 12. 6., 2. 6. ● Handelsstätte Spittelmarkt A.-G., Berlin, 21. 6., 15. 6., 31. 5. ● Hannoversche Terrain-Ges. A.-G., Hannover, 25. 6., 20. 6., 25. 5. ● Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin, 22. 6., 15. 6., 28. 5. ● Hessischer Bankverein A.-G., Kassel, 20. 6., 14. 6., 2. 6. ● Howaldtswerke, Kiel, 23. 6., 17. 6.. 31. 5. ● Höxtersche Portland-Cement-Fabrik A.-G.. Höxter, 24. 6., 18. 6., 31. 5. ● Hufnägel- und Stollenfabrik Patent Carstens, Flensburg, 24. 6., 18. 6., 1. 6.

Isaria-Zählerwerke A.-G., München, 23. 6., 18. 6., 1. 6.

Konsum-Verein Laurahütte O.-S. A.-G., Laurahütte O.-S., 22. 6., 18. 6., 1. 6.

Leipziger Bonfabrik vorm. W. F. Wenck A.-G., Leipzig, 15. 6., 10. 6., 28. 5. ● Rud. Ley, Maschinenfabrik, A.-G., Arnstadt, 25. 6., 20, 6., 31. 6. ● Licher Spar- und Credit-A.-G., Lich, 18. 6., 12. 6., 30. 5. ● Lippspringer Holzwarenfabrik A.-G., Lippspringe, 22. 6., 18. 6., 3. 6. ● August Loh Söhne, A.-G. für Militärausrüstungen, Berlin, 23. 6., 17. 6., 28. 5.

Magdeburger Verkaufsverein f. Ziegeleifabrikate A.-G., Magdeburg, 23. 6., 17. 6., 31. 5. ● Malmedy Werke A.-G., Malmedy, 25. 6., 21. 6., 2. 6. ● Mech. Zwirnerei Heilbronn vorm. C. Ackermann & Co., Sontheim, 21. 6., 15. 6., 3. 6. ● Metallwerke vorm. J. Aders A.-G., Magdeburg, 23. 6., 17. 6., 2. 6. ● Mittelbadische Brauereigesellschaft „Zum Greifen" A.-G., Freiburg i. B., 16. 6., 10. 6., 31. 5. ● Mosaikplattenfabrik Dt.-Lissa A.-G., Breslau, 21. 6., 15. 6., 27. 5.

Neue Photographische Ges. A.-G., Berlin-Steglitz, 25. 6., 19. 6., 20. 5. ● Norddeutsche Waggonfabrik A.-G., Bremen, 22. 6., 18. 6., 26. 5.

Oberhohndorfer Schader Steinkohlenbau-Verein, Zwickau, 25. 6., 20. 6., 31. 5. ● Orenstein & Koppel-Arthur Koppel A.-G., Berlin, 20. 6., 14. 6., 28. 5.

Petroleum-Raffinerie vorm. August Korff, Bremen, 21. 6., 16. 6., 28. 5. ● Pfälzische Mühlenwerke, Mannheim, 21. 6., 15. 6., 30. 5. ● Portland-Cementfabrik Drachenberg A.-G., Walbeck Kr. Gardelegen, 25. 6., 20. 6., 1. 6. ● Porzellanfabrik Moschendorf A.-G., Hof, 22. 6., 18. 6., 27. 5.

A. Radicke A.-G., Luxuspapierfabrik und Chromolithogr. Kunstanstalt, Berlin, 22. 6., 16. 6., 28. 5. ● Rhederei-A.-G. „Oceana", Hamburg, 16. 6., 11. 6., 31. 5. ● Rheinische Bergbau- und Hüttenwesen-A.-G., Duisburg, 20. 6., 14. 6., 23. 5. ● Rheinische Pianofortefabriken A.-G., Koblenz, 25. 6., 20. 6., 31. 5. ● Rheinische Spiegelglasfabrik Eckamp b. Ratingen, Aachen, 24. 6., 18. 6., 31. 5. ● Rhein- und See-Schiffahrts-Ges., Köln, 22. 6., 18. 6., 28. 5. ● Rümelinger und St. Ingberter Hochöfen- und Stahlwerke A.-G., Luxemburg, 25. 6., 20. 6., 3. 6.

H. Schlinck & Cie. A.-G., Hamburg, 23. 6., 18. 6., 1. 6. ● Sächsische Holzwarenfabrik Max Böhme & Co. A.-G. in Dippoltswalde, Dresden, 24. 6., 18. 6., 1. 6. ● Siegen-Lothringer Werke vorm. H. Fölzer Söhne, Siegen, 23. 6., 17. 6., 2. 6. ● Sinziger Mosaikplatten- und Thonwaren-Fabrik Sinzig, Berlin, 25. 6., 20. 6., 31. 5. ● Sonderburger Electricitätswerk A.-G., Sonderburg, 25. 6., 21. 6., 2. 6. ● Spar- und Leihkasse Watzenborn-Steinberg A.-G., Watzenborn, 14. 6., 8. 6., 28. 5. ● Spinnerei-A.-G. vorm. Joh. Friedr. Klauser, M.-Gladbach, 21. 6., 15. 6., 28. 5. ● Sprengstoffwerke Dr. R. Mahnsen & Co. A.-G., Hamburg, 25. 6., 20. 6., 28. 5. ● Springer Kalkwerke A.-G., Springe, 11. 6., 5. 6., 1. 6. ● Stadttheater Hildesheim A.-G., Hildesheim, 23. 6., 18. 5., 12. 5. ● Gebr. Stollwerk A.-G., Köln, 25. 6., 20. 6., 28. 5. ● Süddeutsche Rückversicherungs-A.-G., München, 25. 6., 20. 6., 3. 6. ● Süddeutsche Wasserwerke A.-G., Frankfurt a. M., 23. 6., 17. 6., 25. 5. ● Szatmár-Nagybányaer Eisenbahn-A.-G., Budapest, 10 6., 4. 6., 30. 5.

Terrain-A.-G. München-Nymphenburg, München, 25. 6., 20. 6., 30. 5. ● Terraingesellschaft Berlin-Halensee, Berlin, 25. 6., 20. 6., 3. 6. ● Terraingesellschaft Dresden-Süd, 23. 6., 17. 6., 26. 5. ● Tiefbau- u. Kälteindustrie-A.-G., Nordhausen, 25. 6., 21. 6., 23. 5.

Ullrich & Hinrichs A.-G., Düsseldorf, 20. 6., 14. 6., 28. 5 ● Unitas A.-G., Aachen, 25. 6., 19. 6., 23. 5. ● Unionwerke A.-G., Fabriken für Brauerei-Einrichtungen, Mannheim, 18. 6., 12. 6., 2. 6.

Vereinigte Mosaikplatten-A.-G. Friedland, Berlin, 25. 6., 20. 6., 3. 6 ● Vereinigte Moselschiefergruben-A.-G., Köln, 22. 6., 18. 6., 26. 5. ● Vogtländisches Electricitätswerk A.-G., Plauen i. V., 24. 6., 20. 6., 20. 5.

Waldauer Braunkohlen-Industrie-A.-G. Waldau bei Osterfeld, Kösen, 21. 6., 15. 6., 11. 5. ● Warschau-

Wiener Eisenbahn-Ges., Warschau, 5./18. 6., 26./8. 6., 30. 5. ● Warenhaus für deutsche Beamte A.-G., Berlin, 18. 6., 14. 6., 28. 5. ● Westpreussische Kleinbahnen A.-G., Berlin, 21. 6., 17. 6., 26. 5. ● Zehlendorf-West-Terrain-A.-G., Berlin, 25. 6., 20. 6., 27. 5. ● Zuckerfabrik Dinklar, 16. 6, 12. 6, 2. 6. ● Zuckerfabrik Guhrau, 20. 6., 14. 6., 1. 6. ● Zuckerfabrik Salzwedel, 15. 6., 10. 6., 31. 5.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Hermann Zickert in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Gussstahl-Werk Witten, Witten (Ruhr).

Bekanntmachung
betreffend die Ausübung des Bezugsrechtes auf
nom. M. 1 500 000.— neue Aktien.

Die am **11. Mai cr.** abgehaltene **ausserordentliche Generalversammlung** hat beschlossen, **das Grundkapital der Gesellschaft von M. 5 000 000 auf M. 6 500 000 durch Ausgabe von 1500 auf den Inhaber lautenden Aktien à M. 1000, welche ab 1. Juli 1910 an der Dividende teilnehmen,** zu erhöhen. — Diese M. 1 500 000.— neue Aktien sind auf Grund der Ermächtigung der Generalversammlung fest begeben worden, mit der Massgabe, dass dieselben zum Kurse von $167^1/_2$ % den bisherigen Aktionären des Gussstahl-Werk Witten derart zum Bezuge angeboten werden, dass auf je nom. M. 10 000 alte Aktien nom. M. 3000 neue Aktien entfallen. — Nachdem der Erhöhungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir die Besitzer der bisher ausgegebenen M. 5 000 000 Aktien hiermit auf, das ihnen zustehende Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen geltend zu machen:

1. Auf je nom. M. 10 000.— alte Aktien können drei neue Aktien à M. 1000.— bezogen werden.
2. Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Verlustes vom **4. Juni bis 18. Juni d. Js. einschliesslich** während der üblichen Geschäftsstunden bei einer der nachbenannten Stellen auszuüben:

in **Berlin** bei dem Bankhause **Wiener Levy & Co.,** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein,**
in **Köln** bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Co.,** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein,**
in **Elberfeld** bei der **Bergisch Märkischen Bank,**
in **Barmen** bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Co.**

Zu diesem Zweck sind die alten Aktien ohne Dividendenbogen mit zwei gleichlautenden Anmeldescheinen, zu denen Formulare bei den Anmeldestellen erhältlich sind, zur Abstempelung einzureichen. — Zugleich mit der Anmeldung ist der volle Bezugspreis von M. 1675.— für jede neue Aktie und der ganze Schlussscheinstempel zu entrichten. Eine Verrechnung von Stückzinsen findet nicht statt. — Ueber die Einzahlung wird auf einem der beiden Anmeldescheine, welcher alsdann dem Einreicher zurückgegeben wird, quittiert. Die eingereichten alten Aktien werden nach erfolgter Abstempelung ebenfalls zurückgegeben. — Die Aushändigung der neuen Aktien erfolgt nach der Fertigstellung gegen Rückgabe des quittierten Anmeldescheines bei den betreffenden Bezugsstellen.

Witten (Ruhr), den 1. Juni 1910. [3293

Gussstahl-Werk Witten.
Der Vorstand.

Bergmann-Elektricitäts-Werke, Aktiengesellschaft.

Bezugsangebot von M. 7000000 neuen Aktien.

Wir machen hierdurch bekannt, dass die Generalversammlung unserer Aktionäre vom 11. Mai ds. Jrs. die Erhöhung des Grundkapitals von M. 21000000 um den Betrag von M. 8000000 auf M. 29000000 beschlossen hat durch Ausgabe von 8000 neuen, über je M. 1000 lautenden Aktien, **welche pro rata der ersten Einzahlung von 25% zur Hälfte, also mit einem Achtel an der Dividende für das Geschäftsjahr 1910 teilnehmen.**

Diese M. 8000000 neuen Aktien haben die weiter unten genannten Banken mit der Verpflichtung übernommen, davon **M. 7000000** den Besitzern alter Aktien zum Bezuge **zum Kurse von 180%** derart anzubieten, **dass auf je M. 3000 alte Aktien M. 1000 neue Aktien bezogen werden können.**

Nachdem die Eintragung des Erhöhungsbeschlusses sowie der durchgeführten Kapitalserhöhung in das Handelsregister erfolgt ist, fordern wir im Auftrage des Bankenkonsortiums die Inhaber alter Aktien auf, das **Bezugsrecht** unter nachstehenden **Bedingungen** auszuüben:

1. Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien ist bei Vermeidung des Ausschlusses **von heute ab**

   bis einschliesslich den 1. Juli 1910

   in **Berlin** bei der **Deutschen Bank**, bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft**, bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein**,
   in **Dresden** bei der **Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Abteilung Dresden**, bei der **Deutschen Bank Filiale Dresden**,
   in **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Bank Filiale Frankfurt**, bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft**,
   in **München** bei der **Deutschen Bank Filiale München**
   während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden auszuüben.
2. Bei der Anmeldung sind die alten Aktien, für welche das Bezugsrecht geltend gemacht werden soll, ohne Dividendenscheine in Begleitung eines doppelt ausgefertigten Anmeldescheins, wofür Formulare bei den oben erwähnten Stellen erhältlich sind, einzureichen. Die Aktien, für welche das Bezugsrecht ausgeübt ist, werden abgestempelt und demnächst zurückgegeben.
3. **Bei Geltendmachung des Bezugsrechtes — spätestens am 1. Juli — sind**
   die erste Einzahlung von 25% = M. 250.—
   sowie das Agio von 80% . . = M. 800.—
   zusammen M. 1050.—
   für jede Aktie zu M. 1000 nebst dem Schlussscheinstempel bar bei einer der vorgenannten Stellen zu zahlen. Die Restzahlung ist ohne weitere Aufforderung mit
   75% = M. 750.— für jede Aktie spätestens am 3. Januar 1911
   für Rechnung der Gesellschaft zu leisten, und zwar bei derselben Stelle, bei der die erste Zahlung erfolgt ist. Eine Verrechnung von Stückzinsen findet nicht statt.
   Einzahlung der restlichen 75% ist den Aktionären jederzeit gegen Vergütung von 4% Zinsen hierauf vom Tage der Einzahlung — frühestens jedoch vom 1. Juli 1910 ab gerechnet — bis zum 3. Januar 1911 freigestellt.
4. Ueber die geleistete Einzahlung wird auf dem Anmeldeschein Quittung erteilt. **Die Aushändigung der neuen mit dem Reichsstempel versehenen Aktien** nebst Dividendenscheinen und Talons **erfolgt**, soweit auf dieselben Vollzahlung geleistet ist, **vom 7. Juli ab** gegen Quittung bei derjenigen Stelle, bei welcher die Einzahlungen geleistet sind.

Berlin, im Juni 1910. [3290

Bergmann-Elektricitäts-Werke, Aktiengesellschaft.

Actien-Gesellschaft für Gas und Elektricität, Köln.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva.	M.	Pf
Mobilien-Konto	2	—
Laboratoriums-Konto	1	—
Konti der Werke	19 094 480	77
Geschäftshaus-Konto	264 599	19
Kautions-Konto	21 467	51
Konto-Korrent-Konto	205 088	14
Aval-Konto	24 500	—
Effekten-Konto	2 057 100	—
Wechsel-Konto	401	—
Konto pro Diverse	5 722	55
Kassa-Konto	8 798	31
	21 682 160	47

Passiva.		M.	Pf
Aktienkapital-Konto		8 000 000	—
Obligationen-Konto, für die vollbegebene Anleihe, vom April 1900, 4½% ige Obligationen	M. 5 000 000.—		
davon ausgelost	„ 363 000.—	4 637 000	—
Obligationen-Konto, f. d. Anleihe v. 1. Juli 1904, 4% ige Obligat.	M. 4 500 000.—		
abzügl. der noch unbegebenen	„ 495 000.—		
	M. 4 005 000.—		
davon ausgelost	„ 109 000.—	3 896 000	—
Kautionskreditoren-Konto		21 467	51
Konto-Korrent-Konto		2 068 457	77
Aval-Konto		24 500	—
Obligationszinsen-Konto		131 148	75
Abschreibungs-Konto		1 284 277	50
Reservefonds-Konto		667 979	92
Obligationen-Auslosungs-Konto		11 330	—
Erneuerungs- und Dispositionsfonds-Konto		100 000	—
Arbeiterunterstützungsfonds-Konto		25 000	—
Dividenden-Konto pro 1908		1 480	—
Amortisations-Konto		1 500	—
Aktien-Erlös-Konto		7 064	40
Tantieme-Konto		25 000	—
Reingewinn		779 954	62
Verwendung desselben:			
Gesetzliche Rücklage	M. 21 113.23		
Erneur.-u. Dispositionsfonds, Zuweis.	„ 100 000 —		
Ausserordentliche Abschreibungen	„ 250 000.—		
Dividende 4%	„ 320 000.—		
Gewinnanteile	„ 25 143.91		
½% Super-Dividende	„ 40 000.—		
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	„ 23 697.48		
	M. 779 954.62		
		21 682 160	47

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.	M.	Pf
Zinsen-Konto	62 216	73
Obligationszinsen-Konto	369 217	50
Obligationen-Auslosungs-Konto	5 490	—
Generalunkosten-Konto	171 533	22
Salär-Konto	161 201	30
Geschäftshaus-Unterhaltungs-Konto	4 217	61
Abschreibungs-Konto	250 000	—
Mobilien-Konto	8 212	60
Tantieme-Konto	25 000	—
Reingewinn	779 954	62
	1 837 043	58

Kredit.	M.	Pf
Gewinnvortrag aus 1908	7 690	10
Bruttogewinn der Werke, sowie Ertrag des Geschäftshauses usw.	1 829 353	48
	1 837 043	58

Die von der heutigen Generalversammlung auf **M. 45.—** für jede Aktie festgesetzte Dividende für das Geschäftsjahr 1909 kann vom 1. Juli cr. an bei der **Gesellschaftskasse** in **Köln**, der **Bergisch Märkischen Bank** in **Elberfeld** und deren **Zweiganstalten**, sowie bei der **Deutschen Bank** und der **Berliner Handels-Gesellschaft** in **Berlin** gegen Einlieferung des Dividendenscheines No. 2 erhoben werden.

Köln, den 27. Mai 1910.